

sozusagen



Revolutionäres Sonderheft

KLASSEN KAMPF!?

Bist du nicht in Bielefeld und möchtest in den Genuss der gedruckten sozusagen kommen? Dann schick uns einen mit 1,45€ frankierten DinA4 Briefumschlag und wir schicken dir die aktuelle Ausgabe gerne zu.

Sozusagen Redaktion
Postfach Nr.100131
Universität Bielefeld,
Fakultät für Soziologie
Universitätsstr. 25
33615 Bielefeld

Editorial

Geneigte Leserinnen und Leser,*

Klassenkampf!? – diesem Thema hätte sich die *sozusagen* wohl auch schon vor fünfzig oder mehr Jahren widmen können. Der Unterschied zwischen früher und heute steckt im Detail, im Fragezeichen um genau zu sein. Klassenkampf ist ein politischer Begriff, der wie kaum ein anderer vor allem in der Vergangenheit die Gemüter erhitzt hat. Doch im Zuge des Verschwindens realsozialistischer Staaten von der politischen Landkarte scheint der Begriff zunehmend an Relevanz zu verlieren – der Kampf scheint entschieden: Der Kapitalismus ist aus dem Kalten Krieg als strahlender Sieger hervorgegangen und prägt unsere heutige globalisierte Welt. Hat sich das Konzept Klassenkampf und das, was ihm zugrunde liegt, damit erübrigt? Vielleicht ist das alles gar nicht so einfach und „Klassenkampf“ ist mehr als ein verstaubter Slogan ewiggestriger Langzeitstudierender und Altmarxisten? Diese Frage hat sich auch die Redaktion gestellt und so trat das Fragezeichen auf den Plan. Welche Assoziationen und Fragen dieser Begriff trotz vermeintlich fehlender Aktualität bei den Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe hervorgerufen hat, wozu er unter Umständen auch heute noch nützlich sein kann oder ob der Klassenkampf tatsächlich eingemottet und im Schrank der Zeit verstaubt werden sollte, könnt ihr in dieser Ausgabe nachlesen.

In den Beiträgen dieser Ausgabe wird deutlich, dass es ganz verschiedene Zugänge zum „Klassenkampf?!“ gibt. Etwa lässt sich fragen, inwiefern marxistische Klassentheorie überhaupt noch moderne Gesellschaft abbilden kann. Was hat Klassenkampf mit sozialer Ungleichheit zwischen Arbeiter- und Akademikerkindern in Universitäten zu tun? Auch globale Ungleichheiten bleiben nicht ausgespart. Wie manifestiert sich diese an den Grenzen der Europäischen Union? Und was ist die Reaktion auf soziale Ungleichheit? Protestformen sind heute ganz bestimmt andere als zur Zeit der großen Arbeitskämpfe. Einerseits verändern sie sich durch soziale Medien, andererseits ist heute häufig nicht eindeutig klar, an wen man den Protest überhaupt noch adressieren kann. Aber wer darf überhaupt Kritik formulieren? Ob das Aufgabe der Soziologie ist, wird mit wissenschaftstheoretischen Denkmitteln erörtert.

Damit nicht genug: Jenseits all der theoretischen Überlegungen und Analysen besteht die einmalige Möglichkeit, in einem der autopoietischen Beiträge zu erfahren, was Klassenkampf eigentlich mit Liebe zu tun hat. Zudem gibt es wie immer Neuigkeiten aus der Fakultät und Universität, erstmalig ein soziologisches Kreuzworträtsel und das klassische Autopoesiealbum, in welchem sich in dieser Ausgabe Tomke König unseren Fragen gestellt hat.

Aber jetzt wünschen wir euch erst mal viel Spaß mit unserer neusten Ausgabe!

Die Redaktion

**Gendering:*

In der sozusagen wird es jedem Autor und jeder Autorin selbst überlassen, ob und in welcher Form er oder sie seine oder ihre Sprache gernend möchte. Aus diesem Grund werdet ihr auf den folgenden Seiten keine einheitliche Form finden.

Inhalt

News

- **Nachrichten aus der Fakultät**
von Sophia Kramer und Lukas Daubner5

Hochschulpolitik

- **Was ist eigentlich mit den übriggebliebenen Studiengebühren passiert?**
Gastbeitrag von Diether Horstmann14

Auflockerndes

- **Prahlen mit Zahlen**15
- **Adornolesen**
Comic von Arne Kramer-Sunderbrink23
- **Kreuzwörtertsel**28
- **„Wer studiert, will nicht arbeiten“**
Eine Alltagsbeobachtung zu
Klassismus in Interaktionen32

Essays

- **Differenziertes Gesellschaftsbild auch mit der Klassentheorie**
von Patrick Kahle16
- **Die EU-Außengrenze.**
Manifest globaler Ungleichheit
von Lukas Daubner19
- **Synthetischer Protest**
Wie Social Media das Demonstrieren verändert
von Rainald Manthe24
- **Gesellschaftskritik und das Problem der anonymen Autorität**
von Jan Braun27
- **Die Unmöglichkeit der Kritik in der Soziologie**
von Arne Kramer-Sunderbrink29
- **Marxismus? – Postmarxismus!**
Antiquiertheit und Aktualität eines
gesellschaftlichen Paradigmas
Gastbeitrag von Oliver Flügel-Martinsen38

Was bewegt sich

- **Arbeiterkinder**
von Sophia Stockmann22

Rezension

- **Leseempfehlung**
 - **Kritische Systemtheorie**
von Paul Buckerman33
- **Spielempfehlung**
 - **Klassenkampf**
von Lukas Daubner34

Autopoesiealbum

- **Tomke König**40

Autopoietisches

- **Was würde Marx dazu sagen?**
von Johanna Springhorn7
- **Gefechte in Vechta**
von Malte Diercks35
- **Der liebevolle Umgang mit dem Klassenkampf**
von Ivan Logunov36
- **Papierkrieger**
von Tabea Koepp37
- **Das Gewand der Moderne**
von Tobias Stacke42

- **Impressum**21
- **Richtigstellung**
International Track im Master Soziologie6
- **Stellungnahme der Fachschaften Soziologie & Sozial- / Politikwissenschaften**
Betrifft: Entscheidung des Rektorats vom 23. Juni 2014 bezüglich „Berufungsverfahren ‚W3 Allgemeine Soziologie/ Soziologische Theorie‘; Sicherung des SFB-Fortsetzungsantrags“8
- **Offener Brief zum Strategiepapier des Rektorats**
Plädoyer für eine evidenzbasierte Hochschulsteuerung
von Wiebke Esdar10

NACHRICHTEN AUS DER FAKULTÄT

Personal

Neuer Dekan

Seit dem Sommersemester 2013 ist Thomas Faist der neue Dekan unserer Fakultät. Er löst nach zweijähriger Amtszeit Veronika Tacke ab. Herr Faist gehört dem Arbeitsbereich „Transnationalisierung und Entwicklung“ an und forscht im Sonderforschungsbereich 882 „Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten“, dessen Sprecher er auch ist. In den kommenden Jahren stehen dem Dekanat schwierige Entscheidungen bevor. Die sozusagen wünscht Herr Faist dabei viel Mut, Erfolg und gelingende Kompromisse.

Verluste

Im Sommersemester 2013 hat uns Bettina Heintz verlassen. Sie besetzte die Professur für Allgemeine Soziologie und Soziologische Theorie, war langjähriges Mitglied des Vorstandes des Instituts für Weltgesellschaft und leitete das Graduiertenkolleg „Weltgesellschaft – Die Herstellung und Repräsentation von Globalität“. Zuletzt leitete Frau Heintz das Projekt „Die Beobachtung der Welt. Der Beitrag von internationalen Statistiken und UN-Weltkonferenzen zur Entstehung einer globalen Vergleichsordnung“. Frau Heintz wird ihre wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität Luzern weiterführen. Mit ihr verliert die Fakultät eine renommierte und engagierte Wissenschaftlerin.

Neuzugänge

Die durch den Weggang von Frau Heintz frei gewordene Professur wird bis zu ihrer Neubesetzung von Jens Greve vertreten. Die Professur wird in der nächsten Zeit neu ausgeschrieben. Mit einer Berufung kann aber nicht vor Ende des nächsten Jahres gerechnet werden.

Seit dem Wintersemester 2012/13 können wir Bettina Zurstrassen als Professorin für die Didaktik der Sozialwissenschaften begrüßen, die vorher in Bremen und München tätig war. Ihre Forschungsschwerpunkte

sind die politische Bildung in Schule und Weiterbildung sowie die Didaktikforschung.

Aufgrund der Mehrbelastung durch den doppelten Abiturjahrgang wurde vom Land NRW eine auf fünf Jahre begrenzte Lehrprofessur bewilligt. Diese wurde mit Rainer Schütze besetzt. Er lehrt im Bereich der soziologischen Theorien sowie in verschiedenen Fachmodulen.

Die sozusagen wünscht den neuen Mitgliedern der Fakultät alles Gute!

Studium

Umstrukturierung des Arbeitsbereichs „Wissenschaft, Medien, Technik“

Seit diesem Semester hat der neue Arbeitsbereich 11, „Recht und Gesellschaft“, seine Arbeit aufgenommen. Er ist aus dem AB „Wissenschaft, Medien und Technik“ hervorgegangen und umfasst die Professuren von Alfons Bora und Michael Huber. Ab sofort bietet dieser AB Lehrveranstaltungen in den BA-, MA- und Promotionsstudiengängen der Fakultät an. Die Bereiche „Wissenschaft“ und „Technik“ entfallen, der Bereich „Medien“ um den Lehrstuhl von Tilmann Sutter bleibt als Arbeitsbereich 7 weiter bestehen. Mit diesen Umstrukturierungen geht einher, dass die Vertiefung „Wissenschaftssoziologie“ des MA Soziologie voraussichtlich zum Sommersemester 2016 eingestellt wird. Stattdessen wird es bereits ab dem WS 2013/14 eine Vertiefung „Rechts- und Regulierungssoziologie“ geben. Für die BA-Studiengänge entfällt ab dem Sommersemester 2016 das Fachmodul „Wissenschaft, Technik, Medien“, das dann durch ein Fachmodul „Medien“ ersetzt wird. Im Master Politische Kommunikation läuft das Wahlpflichtmodul „Wissenschaftssoziologie“ aus. Im Modul „Governance und Regulierung“ werden stattdessen künftig Veranstaltungen aus dem Bereich Rechts- und Regulierungssoziologie angeboten.

Akkreditierung

Alle fünf Jahre müssen Studiengänge reakkreditiert, das heißt auf ihre Studierbarkeit geprüft werden. Im Juli 2013 war es für die Studiengänge BA Soziologie, BA Politikwissenschaften, MA Gender Studies, MA PolKomm sowie den MA Soziologie wieder soweit. Alle Studiengänge wurden ohne verpflichtende Auflagen reakkreditiert. Kritisch angemerkt wird von den Gutachtern eine mangelhafte Information und Beratung zu Auslandsemestern und die geringe theoretische Breite in den Powi-Studiengängen. Außerdem wird im MA Gender Studies angeregt, die Interdisziplinarität zu sichern und die Forschungsorientierung auszubauen. Des Weiteren empfehlen die Gutachter, für die Studiengänge MA Soziologie, PolKomm und BA Powi ein breiteres Angebot von Prüfungsformen vorzusehen. Für den MA PolKomm schlägt die Kommission vor, Praktikum und Lehrforschung verpflichtend in der Studienordnung zu verankern. Ob die Fakultät diese Vorschläge umsetzt, ist unklar.

Allgemeines

Wahlen

Im Juli 2014 wurden die studentischen Vertreter_innen der Fakultätskonferenz gewählt. Für euch in der FaKo sitzen bis zum Ende des kommenden Sommersemesters: Frauke Genz, Jan Schötteldreier und Florian Stallkamp. Die Sitzungen der FaKo sind (bis auf wenige Entscheidungen) öffentlich. Falls ihr Interesse an der Teilnahme bei einzelnen Tagesordnungspunkten habt, wendet euch gern an die Vertreter_innen oder die Fachschaften.

Umzug

Der Umzug der Fakultät in das neue Universitätsgebäude X ist abgeschlossen. Seit dem Wintersemester 2013/14 fanden dort bereits Seminare und Vorlesungen statt. Die Büros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind seit Ende Mai im neuen Gebäude zu finden.

Externe Begutachtung der Fakultät

Es gibt Neuigkeiten bezüglich der externen Begutachtung der Fakultät, welche das Rektorat Anfang 2013 verordnet hatte: Das internationale Gutachtergremium wird vor allem die Zukunftsstrategie der Fakultät für die Forschung in Augenschein nehmen. Die Lehre wird hierbei also weniger eine Rolle spielen. Die Begehung hat am 16. und 17.01.2014 stattgefunden. Die Gutachter waren: Hannah Brückner, Professor of Social Research and Public Policy, New York University, Abu Dhabi Campus; Sonja Drobníč, Professor of Sociology, Bremen International Graduate School of Social Sciences, University of Bremen; Marisol Garcia, Professor of Sociology, University of Barcelona; John Mollenkopf, Distinguished Professor at/Director of Center for Urban Research The Graduate Center, City University of New York; Richard Münch, Professor Emeritus of Sociology, University of Bamberg; Bénédicte Zimmermann, Professor at the École des hautes études en sciences sociales in Paris and Director of the Georg Simmel Center, EHESS/CNRS, Paris; Michael Zürn, Director of the department "Global Governance" at WZB/Professor of International Relations at FU Berlin.

Das Dekanat hat alle Statusgruppen aufgefordert, ihre Sicht der Dinge und Vorstellungen zur Zukunft der

Fakultät festzuhalten. Vorab hatte der Dekan ein Strategiepapier erstellt, welches seine Vorstellungen von der Zukunft der Fakultät skizziert. Es folgten Stellungnahmen von Professor_innen und Studierenden. Welches Ziel das Rektorat mit der externen Begutachtung verfolgt und welche Folgen deren Ergebnisse für die Fakultät haben werden, ist für uns derzeit nicht absehbar.

Planungen für ein neues Budgetierungsmodell

In der Bielefelder Universität wird heiß debattiert: In einem im April 2013 veröffentlichten Strategiepapier¹ schlägt das Rektorat vor, ein neues internes Budgetierungsmodell einzuführen, um darüber die Hochschulentwicklung zu steuern. Nach dem aktuellsten Modell, das unter anderem auf dem Treffen der Fachschaften mit dem Rektor am 12. Juni vorgestellt wurde, werden die zu verteilenden Mittel aufgeteilt in Basissetat (66%), Leistungsetat (17%) und Strategieetat (17%). Der Basissetat wird zu festen Prozentsätzen an die Fakultäten verteilt, der Leistungsetat wird leistungsbezogen verteilt, wobei die Leistung einer Fakultät mit Hilfe von Indikatoren wie zum Beispiel der Zahl der Abschlüsse, Drittmittel oder der Zahl der Professorinnen festgestellt wird, und der Strategieetat wird fallbezogen durch das Rektorat verteilt. Dazu muss man sagen, dass das Rektorat das Modell aufgrund

der Diskussionen in verschiedenen Gremien und Simulationen der Auswirkungen des Modells stark verändert hat (Basissetat war vorher auch dynamisch, Strategieetat viel kleiner). Eine finale Beschlussfassung soll es im Mai nächsten Jahres geben.

Namenskonzept: umgesetzt

Lange konnten wir nichts mehr über das Namenskonzept der Universität berichten. Seit einigen Monaten aber ist es soweit: Rund um die Uni wurden neue Schilder mit Straßennamen aufgestellt. Die Straßen heißen jetzt zum Beispiel „Hypotenuse“, „Lauf der Dinge“ oder „Konsequenz“. Der von der sozusagen-Redaktion erarbeitete Vorschlag wurde vom Campus Bielefeld Team leider nicht berücksichtigt (vgl. sozusagen-Ausgabe WiSe 11/12).² Ob und wie die neuen Straßennamen von den Studierenden und Anwohner_innen angenommen werden – die Zukunft wird's zeigen.

Lukas Daubner & Sophia Cramer

[1] Das Strategiepapier des Rektorats kann aus dem universitätseigenen W-Lan oder extern mithilfe des VPN-Clients unter folgendem Link eingesehen werden: http://ekvv.uni-bielefeld.de/blog/rektoratintern/entry/profil_positionierung_performance_und_steuerung

[2] Alle alten sozusagen-Ausgaben sind auf unserem Blog im Internet abrufbar: <http://sozusagenblog.wordpress.com/>

Richtigstellung

International Track im Master Soziologie

In der letzten Ausgabe haben wir darüber berichtet, dass es für internationale Studierende bei ihrer Zulassung zum Master Soziologie Unklarheiten darüber gab, ob gewährleistet ist, dass der gesamte Master auf Englisch studiert werden kann, wie es in einer Informationsbroschüre über den International Track versprochen wird. Unklarheit bestand vor allem hinsichtlich des Einführungsmoduls, das aus Pflichtvorlesungen, die auf Deutsch gehalten werden, besteht. In der Zwischenzeit wurden alternative englischsprachige Veranstaltungen für

diejenigen gefunden, die ihren Master vollständig auf Englisch studieren wollen.

An dieser Stelle möchten wir eine Richtigstellung vornehmen. Wir berichteten in der letzten Ausgabe, dass es zu Fehlern in der Zulassung gekommen sei. Dabei sind wir davon ausgegangen, dass die Fakultät nicht garantieren kann, dass der MA Soziologie vollständig auf Englisch studierbar sei und deshalb bei der Zulassung auch prüfe, ob ausreichende deutsche Sprachkenntnisse vorlägen. Dieser Sachverhalt war nicht richtig. Richtig ist, dass seit Einführung des International Tracks im Wintersemester 2010/11 mindes-

tens 75 ECTS Punkte auf Englisch studiert werden müssen, um das entsprechende Zusatzzertifikat zu bekommen. Das schließt nicht aus, dass auch 120 ECTS Punkte auf Englisch studiert werden können. Allerdings sollten sich Studierende darauf gefasst machen, dass sich die Garantie vor allem auf die Module „Sozialstruktur und soziale Ungleichheit“ und „Soziologie der globalen Welt“ bezieht. Für die sprachlichen Zulassungsvoraussetzungen bedeutet dies, dass Bewerber_innen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, einen Nachweis über ausreichende deutsche oder englische Sprachkenntnisse erbringen müssen.

WAS WÜRDEN MARX DAZU SAGEN?

Fotos von Johanna Springhorn



Johanna Springhorn / sozusagen



Johanna Springhorn / sozusagen

Stellungnahme der Fachschaften Soziologie & Sozial-/Politikwissenschaften

Am 23. Juni 2014 hat das Rektorat der Fakultät für Soziologie bekanntgegeben, dass die Berufungsverfahren für verschiedene Professuren der Fakultät bis mindestens März 2015 ausgesetzt werden. Für die Besetzung der Professuren "Lehrprofessur Soziologie" und "Allgemeine Soziologie/ Theoretische Soziologie" gilt weiterhin eine Frist bis Anfang Oktober 2014. Zu diesem Beschluss haben die Fachschaften Soziologie und Sozialwissenschaften/Politikwissenschaft eine Stellungnahme verfasst.

Fachschaft Soziologie
Gebäude X C2-110, Universitätsstraße 25, Bielefeld
Durchwahl 4213
fs.sociologie@uni-bielefeld.de

Bielefeld, den 4. Juli 2014

Fachschaft Sozialwissenschaften/Politikwissenschaft
Gebäude X C2-114, Universitätsstraße 25, Bielefeld
Durchwahl 4204
spowi@uni-bielefeld.de

Betrifft: Entscheidung des Rektorats vom 23. Juni 2014 bezüglich „Berufungsverfahren ,W3 Allgemeine Soziologie/ Soziologische Theorie“; Sicherung des SFB-Fortsetzungsantrags“

Liebe Studierende, liebe Lehrende, liebe Mitglieder der Universität Bielefeld,

der Leitung der Fakultät für Soziologie wurde am 23. Juni eine Entscheidung des Rektorats mitgeteilt, die wir als VertreterInnen der Studierendenschaft äußerst kritisch sehen.

Diese Entscheidung betrifft die ausstehenden Berufungsverfahren der Professuren „Wissenschaftssoziologie“, „Geschlechtersoziologie“, „Wirtschaftssoziologie/Didaktik der Sozialwissenschaften“ sowie „Qualitative Methoden“. Die betroffenen Berufungsverfahren sind mindestens bis März 2015 ausgesetzt. Zwei weitere Berufungsverfahren, zum einen die „Lehrprofessur Soziologie“ (ohne Einschränkungen), zum anderen das Verfahren „Allgemeine Soziologie/Soziologische Theorie“, das bis Oktober 2014 zum Abschluss kommen soll, dürfen fortgesetzt werden. Nach Beratungen über Rückmeldungen aus der Fakultät wird diese Entscheidung unter anderem wie folgt begründet: „Das Rektorat hat im Ergebnis feststellen müssen, dass die Fakultät als Ganzes ihrer Verantwortung für eine professionelle Bewältigung der gegebenen Herausforderungen derzeit und seit längerer Zeit nicht gerecht wird.“

Als besonders kritisch sehen wir, die Fachschaften Soziologie und Sozialwissenschaften/Politikwissenschaft als studentische VertreterInnen, zwei Punkte:

Erstens wird auf das Berufungsverfahren „Allgemeine Soziologie/Soziologische Theorie“ von außen der Druck aufgebaut, dass das Verfahren schnellstens abzuschließen sei. Die dafür gesetzte Frist ist Anfang Oktober. Zum einen belastet diese Frist die Mitglieder der Berufungskommission, die, um die Frist einzuhalten, andere Aufgaben oder gar ihren Urlaub vernachlässigen sollen. Zum anderen verhindert die etwaige Einhaltung dieser Frist die ausreichende Partizipation aller Statusgruppen an diesem wichtigen Verfahren. Besonders der Besuch von Vorträgen durch Studierende wird durch die vorlesungsfreie Zeit, in die die Vorträge fallen müssen, deutlich erschwert.

Zweitens ist die seit Sommersemester 2012 unbesetzte Professur für Qualitative Methoden ein zentrales Element in der Lehre der Fakultät Soziologie. In diesem Berufungsverfahren liegt dem Rektorat seit April 2013 eine Berufsungsliste vor. In diesem Zeitraum wird die Professur im Bereich der Lehre vertreten, dies können wir als studentische Vertreter jedoch nicht als adäquaten Ersatz für einen fest besetzten Lehrstuhl erachten. Nach einer angemessenen Prüfung der Berufsungsliste durch das Rektorat hatten wir die Erwartung, dass eine baldige Berufung erfolgt. Diese ist jedoch nicht erfolgt. Durch die aktuelle Entscheidung des Rektorats ist eine Berufung auch in Zukunft nicht in Sicht. Wichtig ist hierbei, dass diese Professur gegenüber den anderen betroffenen Professuren bereits ein abgeschlossenes Berufungsverfahren vorweist. Daher ist die Entscheidung des Rektorates diese Professur auszusetzen für uns nicht nachvollziehbar. Die Professur Qualitative Methoden ist für Studierende der Fakultät in ihrem Studium immanent wichtig, weil sie in jedem Studiengang der Fakultät sichtbar wird. Auch für angehängte Institutionen wie die BGHS und das IKG ist sie eine wichtige Grundlage.

Wir fordern mindestens die Freigabe der Professur Qualitative Methoden und die schnellst mögliche weitere Abarbeitung der bereits im Rektorat vorliegenden Berufsungsliste. Außerdem stellen wir uns klar gegen das Vorgehen des Rektorats, weil wir es als schweren Eingriff in die Abläufe der Fakultät betrachten.

Mit freundlichen Grüßen
Fachschaften Soziologie und Sozialwissenschaften/Politikwissenschaften

Thema der nächsten Ausgabe: **Zeiten & Räume**

Zeichnest oder fotografierst du gerne? Möchtest du deine Bilder auch mal gedruckt sehen? Dann hast du jetzt dazu die Möglichkeit:

Die sozusagen veröffentlicht eine neue Ausgabe zum Thema „Zeiten und Räume“. Klingt wie ein Thema für PhysikerInnen? Wir finden nicht! In der nächsten Ausgabe der sozusagen wollen wir der Frage auf den Grund gehen, wie sich das Soziale in und um Zeit und Räume herum strukturiert.

Dabei können Themen wie Be- und Entschleunigung und ihre sozialen Folgen oder auch Mobilität eine Rolle spielen. Wer kann/darf/will sich überhaupt wohin bewegen? Welche Räume sind für unseren Alltag relevant: Stadt, Land, Welt...? Welche (trans)kulturellen und sozialen Räume entstehen in der Stadt oder deiner Nachbarschaft? Wie lässt sich Zeit visualisieren?

All das und vieles mehr kann zum Thema gemacht werden – und zwar nicht nur in Texten, sondern auch in Bildern!

Zeitdiagnosen

Gleichzeitigkeit

**Be- &
Entschleunigung**

Migration

Wandel & Kontinuität



Virtuelle Räume

**Jung sein und
alt werden**

**Lokaler vs.
globaler Raum**

Mobilität & Bewegung

Eingereicht werden können Fotos oder Zeichnungen – alles, was mit dem Thema im weitesten Sinne zu tun hat. Eure Bilder können dann als Titelblatt, Poster oder Illustrationen im Heft erscheinen. Lass deiner Kreativität freien Lauf und schicke deinen Beitrag – oder deine erste Idee dazu – an: sozusagen-bielefeld@gmx.de

Einsendeschluss der Bilder ist der 30. November – Viel Spaß beim Malen, Zeichnen und Fotografieren!

Weitere Infos unter: sozusagenblog.wordpress.com

PLÄDOYER FÜR EINE EVIDENZBASIERTE HOCHSCHULSTEUERUNG

oder die Frage, wie an der Universität Bielefeld
zukünftig das Geld verteilt werden soll.

Im April 2013 veröffentlichte das Rektorat ein Strategiepapier¹, in dem es seine Überlegungen zur künftigen strategischen Ausrichtung der Universität Bielefeld darlegt und Implikationen für entsprechende Steuerungserfordernisse ableitet. Verortet sind diese Überlegungen in einer spezifischen Wahrnehmung der deutschen Universitätslandschaft. Dieser zufolge nimmt die Grundfinanzierung der Universitäten kontinuierlich ab und die auf wettbewerblicher Basis von Leistungsindikatoren vergebenen Mittel nehmen zu. Insgesamt differenziert sich das Hochschulsystem zunehmend in vier hierarchisch angeordnete Universitätstypen, in dem die Universitäten, die als forschungsstark gelten, die meisten finanziellen Mittel erhalten. Aus dieser Wahrnehmung leitet das Rektorat ab, dass die Universität Bielefeld – möchte sie als forschungsstarke Universität wahrgenommen werden und dadurch ihre finanziellen Ressourcen künftig sichern – ihre leistungsstarken Forschungsbereiche besonders profilieren und fördern müsste. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt das Rektorat ein neues Budgetierungsmodell vor. Diesem zufolge ein Teil des Gesamthaushaltes der Universität leistungsbezogen an die Fakultäten verteilt werden.²

Diese Wahrnehmung der deutschen Universitätslandschaft durch das Rektorat, die daraus abgeleiteten strategischen Überlegungen und den Vorschlag der Einführung eines neuen Budgetierungsmodells hat Wiebke Esdars, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitseinheit „Pädagogische Psychologie“ der Abteilung für Psychologie und Vorsitzende des Sprecherrats der akademischen MitarbeiterInnen der Universität Bielefeld in einem offenen Brief kritisch kommentiert. Zwar treffen einige Kritikpunkte des über ein Jahr alten Briefes das aktuelle und stark veränderte Finanzierungsmodell zumindest nicht mehr mit der selben Schärfe wie das erste Modell, wir haben uns aber entschieden, den Brief als Plädoyer für eine evidenzbasierte Hochschulsteuerung trotzdem zu drucken.

Offener Brief zum Strategiepapier des Rektorats, April 2013³

Bielefeld, 07. Juni 2013

Liebe Mitglieder des Rektorates der Universität Bielefeld,
Liebe Mitglieder der Universität Bielefeld,

das Strategiepapier des Rektorats habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich empfinde es als begrüßenswert, dass die Hochschulleitung eine langfristige strategische Planung für unsere Universität in Angriff nehmen will und diese zudem durch einen transparenten Diskussionsprozess begleiten lässt.

Der Einschätzung, dass die Universität Bielefeld sich als eine überregional renommierte und auch international sichtbare, forschungsstarke Universität sieht und sehen sollte, stimme ich voll und ganz zu. Das ist eine Positionierung, die eine Universität durchaus mit Stolz erfüllen kann und die große Anstrengungen vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bedarf.

Die Konstellation, dass unsere Universität – auch das betont das Strategiepapier – von einem Rektorat geleitet wird, das überwiegend aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besteht, halte ich für die richtige. Gerade aus diesem Grund hätte ich mir in der Argumentationslinie des Strategiepapieres sowie den Rückschlüssen,

Der Ruf nach mehr Steuerung und der Einsatz von anreizbasierten Steuerungsinstrumenten, die sich aus dem New-Public-Management ableiten lassen, sind zwar derzeit durchaus en vogue, es fehlt aber an Nachweis und Belegen zu deren Wirksamkeit.

die es zieht eine stärkere Berücksichtigung der empirischen Hochschulforschung gewünscht. Das Papier zeichnet ausführlich einen Wandel der Institution Hochschule nach, der auch von der aktuellen Hochschulforschung erfasst und diskutiert wird (z.B. Krücken & Meier 2006; Meier 2009).

Es stellt sich die Frage, ob überhaupt und wenn ja, welche theoretischen oder empirischen Annahmen den aufgestellten Prognosen zugrunde liegen. Beispielsweise war mir die Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft in vier Hochschultypen (vgl. S. 9f.) bisher zwar als Gedankengang eines einzelnen Hochschulpräsidenten bekannt (vgl. DIE ZEIT 5/2013). Der momentane Bildungsföderalismus lässt in meinen Augen allerdings nicht erkennen, dass es in naher Zukunft entsprechend koordinierte Anstrengungen von Bund und Ländern in der Hochschulfinanzierung geben wird, die zu einer klaren Typ 1-4 Hochschulkategorisierung führen wird. Wenn das Rektorat nun der These der vier Typen folgt, würde mich nicht nur interessieren, der Einschätzung welcher „verschiedener hochschulpolitischer Akteure“ (S. 9) dies entspricht, sondern auch, ob sich eine solche These evidenzbasiert untermauern lässt – schließlich ist sie ein entscheidender Ausgangspunkt für die vorgeschlagenen Veränderungen.

Auch weitere Annahmen würden durch empirische Belege gestützt oder zumindest durch Beispiele untermauert den Vorwurf entkräften, es seien bloß argumentativ geschickt zurechtgelegte Behauptungen. So zum Beispiel „die steigende Erwartung an den gesellschaftlichen Impact von Forschung“ oder die (über den Anteil der Grundfinanzierung hinausgehende) zunehmende Bedeutung leistungsorientierter Komponenten in der Finanzierung der Hochschulen (vgl. Bullet Point 1 und 2, S.2).

Im Fokus der Beratungen des Rektorates standen neben den strategischen Zielen der Universität die erforderlichen Steuerungsverfahren zur Erreichung eben dieser Ziele. Es begründet ihre Notwendigkeit mit der Wahrnehmung, dass „die allgemeinen hochschulpolitischen Entwicklungen und die sich rasant verändernden Rahmenbedingungen für die Hochschulen eine explizitere Strategiebildung und Steuerung erzwingen, wenn die Positionierung der Universität gesichert, oder anders ausgedrückt, wenn Ressourcenverluste und damit gravierende Einschnitte in Forschung und Lehre verhindert werden sollen“ (vgl. S. 2). Meiner Methodenausbildung an der Universität Bielefeld zufolge handelt es sich hierbei aus wissenschaftlicher Perspektive um einen naturalistischen Fehlschluss. Aus identifizierten Problemlagen lassen sich nicht kausal Lösungsstrategien ableiten. Vielmehr lässt sich auch die Gegenthese als Frage formulieren: Es wurde doch in den letzten Jahren bereits mehr und expliziter gesteuert (vgl. S. 16) – warum befinden wir uns dann in der geschilderten Problemlage?

Die mir bekannte Empirie zum Steuerungsverständnis von Hochschulleitungen beispielsweise zeigt, dass als ‚best practise‘ untersuchte, in der Exzellenzinitiative erfolgreiche Universitäten, durchaus weit auseinanderliegende Steuerungsphilosophien verfolgen, die zugespitzt mit „top down“ und „bottom up“ charakterisiert werden können. Die AutorInnen kommen folglich explizit zu dem Schluss, dass keine eindeutigen Rückschlüsse von Steuerungsverständnis auf die Erreichung strategischer Ziele möglich sind (Kloke & Krücken 2012:22).

Im Wesentlichen zielen das vorliegende Strategiepapier und die Diskussion im Hause auf ein neues Budgetierungsmodell ab, das dem Verteilungsprinzip der Leistungsorientierten Mittelvergabe (LoM) folgt.⁴ Der Ruf nach mehr Steuerung und der Einsatz von anreizbasierten Steuerungsinstrumenten, die sich aus dem New-Public-Management ableiten lassen, sind zwar derzeit durchaus en vogue, es fehlt aber auch hier an Nachweis und Belegen zu deren Wirksamkeit (im Sinne einer intendierten Leistungssteigerung bezogen auf definierte Parameter). Es zeigen sich in zahlreichen Studien gar nicht-intendierte Effekte auf einer individuellen, den/die einzelnen WissenschaftlerIn betreffende, Ebene.

■Krempkow & Schulz (2012) zeigen nicht-intendierte, negative Effekte der LOM im Bereich des Arbeitsklimas (Zunahme an Konflikten um Ko-Autorenschaften, mehr „Einzelkämpfertum“) sowie auf die Qualität der Forschung (eine Verstärkung von Mainstream-Forschung und „Salamitaktik“ (schiebenweise kurze Artikel) bei Publikationen).

■Görtz, Heilder & Jansen (2010) weisen empirisch wahrgenommene Einschränkungen für ergebnisoffene Forschungsprojekte nach, wenn eine leistungsorientierte Mittelvergabe fakultätsintern effektiv umgesetzt wird.

■Im Bereich der Lehre sehen Hochschulleitungen die HochschullehrerInnen vor allem immateriell motiviert (Becker, Tadsen, Stegmüller & Wild 2012: 18ff). Die AutorInnen warnen im Zuge dessen explizit vor der Gefahr, dass monetäre Anreize intrinsische Motivation und Extra-Rollenverhalten reduzieren können (ebd. 19)

Jansen und KollegInnen (2007) zeigen, dass Drittmittel in nur einem sehr begrenzten Anteil von Drittmittelforschung als Leistungsindikatoren und dass Vergleiche nur innerhalb sehr homogener Forschungsfelder sinnvoll einsetzbar sind.

(sog. Korrumpierungseffekt). Sie halten an dieser Stelle die Hinwendung zu output-orientierten Steuerungsphilosophien zwar nicht für überraschend, aber für vermutlich falsch (ebd. 23).

■ Jansen und KollegInnen (2007) zeigen, dass Drittmittel in nur einem sehr begrenzten Anteil von Drittmittelforschung als Leistungsindikatoren und dass Vergleiche nur innerhalb sehr homogener Forschungsfelder (unterhalb eines von disziplinspezifischen Produktionsbedingungen bestimmten Schwellenwertes) sinnvoll einsetzbar sind. Ähnlich kritisch sehen sie disziplinübergreifende Vergleiche von Publikationen.

■ Wilkesmann (2012) zeigt ebenfalls für die Lehre, dass einzelne Anreize keinen direkten, zielgerichteten Einfluss auf Leistungssteigerungen haben. Vielmehr findet er indirekte Effekte durch kulturelle Faktoren und Sozialisierung, die die Lehre positiv beeinflussen.

■ In ihrer Untersuchung der Auswirkungen monetärer und non-monetärer Anreizinstrumente auf die Qualität von Studium und Lehre resümieren Kopatz und König (2012): „Eine wesentliche Erkenntnis aus den Ergebnissen der Studien des Projektes QualitAS-Lehre besteht darin, dass Hochschulsysteme durch ihre Komplexität nur bedingt Anreiz- und Steuerungsinstrumente einsetzen können, die bis auf die Individualebene zuverlässig durchgreifen“ (Kopatz & König 2012: 51).

■ Osterloh & Frey legen ausführlich dar, dass bibliometrische Daten immer nur einen Teil des wissenschaftlichen Kommunikationsprozesses abbilden (2008: 11ff), dass gerade die interdisziplinäre Forschung darunter leidet, dass die Verknüpfung monetärer Anreize an die Anzahl der Publikationen zu einer ‚Salamitaktik‘ führt, um die Anzahl der Publikationen zu maximieren und dass das zusammengenommen letztlich zu einer Homogenisierung von Forschung führt. Außerdem bemängeln Osterloh und Frey die unreflektierte Anwendung der quantitativen Messung von Forschungsleistungen, da „[i]nsgesamt (...) festzustellen [ist], dass es Einzelbefunde zu Problemen quantitativer Methoden der Messung von Forschungsleistungen gibt, dass aber über deren systematische Auswirkungen nur wenige Erkenntnisse existieren. Gleichwohl haben mittlerweile diese Methoden die Steuerungsmechanismen in der Wissenschaft umfassend verändert, ohne dass dies wissenschaftlich reflektiert wurde“ (ebd.:15).

Aufgrund dieser - hier knapp dargestellten - Datenlage würde ich mir eine wesentlich kritischere Reflexion der Effekte bzw. der Wirksamkeit von Steuerungsverfahren wie leistungsorientierte indikatorgestützte Mittelverteilungsmodelle auch an der Universität Bielefeld wünschen.

Dabei geht es (an dieser Stelle) nicht darum, das Wissenschaftssystem und seine Logiken von Bielefeld aus zu verändern oder zu ignorieren. Vielmehr sollte m.E. nach aus der Perspektive der gesamten Universität darauf gesetzt werden, die Wissenschaft in Bielefeld so zu organisieren, dass im bestehenden System die optimalen Rahmenbedingungen für erfolgreiches Forschen und Lehren geboten werden. Aus dem vorgelegten Strategiepapier erschließt sich mir nicht, warum das Rektorat als Lösung dafür ein neues Budgetierungsmodell mit einem leistungsorientierten, indikatorgestützten Mittelverteilungsmodell (S.18) sieht. Vielmehr möchte ich auf die eben gezeigte Kritik etablierter HochschulforscherInnen aufmerksam machen, die evidenzbasiert darlegen können,

■ dass aufgrund der Schwächen der Indikatoren (im Bewertungsprozess, durch ihre Unvollständigkeit, durch mangelnde Vergleichbarkeit) gar keine transparente, offene und gerechte Bewertung und daran geknüpfte Mittelverteilung möglich ist,

■ dass keine Leistungssteigerungen aufgrund von monetären Anreizen zu erwarten sind,

■ dass vielmehr demotivierende Effekte (vor allem der Leistungsträger!) im Sinne eines Korrumpierungseffektes von intrinsischer Motivation durch externale Anreize zu befürchten sind,

■ dass Lehrleistung allein auf quantitative Aspekte reduziert wird (weil es keine etablierten Indikatoren für Lehrqualität gibt)

■ dass ergebnisoffene wie interdisziplinäre Forschungsansätze eher geschwächt als gestärkt werden.

Eine inneruniversitäre LoM mit Budgetanteilen, die eine tatsächliche Steuerungswirkung entfalten, führt innerhalb der Universität zu einer Verengung von Forschungs- und Lehrleistungen und zu demotivierenden Effekten, aber nicht zu mehr Transparenz oder organisationaler Gerechtigkeit.

Ein für die Universität Bielefeld weiterzuentwickelndes Steuerungsmodell kann darum aus meiner Sicht nicht ein berechenbares, transparentes, flexibles sowie ein schlankes Budgetierungsmodell (S.20) in Anlehnung an die Leistungsindikatoren der leistungsorientierten Mittelverteilungsmodelle des Landes sein, wenn optimale Rahmenbedingungen für leistungsstrake Forschung und Lehre geschaffen werden sollen.

Eine inneruniversitäre LoM mit Budgetanteilen, die eine tatsächliche Steuerungswirkung entfalten, führt innerhalb der Universität zu einer Verengung von Forschungs- und Lehrleistungen und zu demotivierenden Effekten, aber nicht zu mehr Transparenz oder organisationaler Gerechtigkeit. Solch ein Modell eignet sich darum auch nur vordergründig als Legitimierung für eine zukünftige Mittelverteilung, die besser sein könnte als traditionell gewachsene Strukturen.

Frey & Osterloh (2008) machen in ihrem Arbeitspapier sinnvolle Vorschläge für Veränderungen im Wissenschaftssystem, deren dezidiertere Betrachtung auch für die Strategiebildung und Suche nach neuen Steuerungsformen einer einzelnen Universität lohnenswert erscheint (z.B. Rücknahmen von „pay for performance“, Eindämmung der Abhängigkeit vom Peer Review System und Autonomie als Anreiz).

Ich hoffe, dass mit dem vorgelegten Strategiepapier eine offene Diskussion um die Weiterentwicklung dieser Universität angestoßen wurde, bei der es nicht vornehmlich und vorschnell um Finanzierungsmodelle geht. Sondern, dass wir es schaffen, die Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Technik und Verwaltung ins Zentrum der Diskussionen und Veränderungen zu stellen.

Mit den besten Grüßen und einem hohem Commitment zu ‚meiner‘ Universität

Gez. Wiebke Esdar

Literatur

- Becker, F.G., Tadsen, W.N., Stegmüller, R. & Wild, E. (2011). „Motivation und Anreize zu ‚guter Lehre‘ im Rahmen des Inplacement (MogLI): Konzeption, Durchführung, Auswertung und Diskussion der Interviews mit den Hochschulleitungen“. Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften.
- Heinrich, C. (2013). Das System bricht auseinander. *Die Zeit*, 5, 55.
- Jansen, D., Wald, A., Franke, K., Schmoch, U. & Schubert, T. (2007). Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1, 125-149.
- Kloke, K. & Krücken, G. (2012). Sind Universitäten noch lose gekoppelte Organisationen? In F.G. Becker, G. Krücken & E. Wild (Hrsg.), *Gute Lehre in der Hochschule. Wirkungen von Anreizen, Kontextbedingungen und Reformen* (S. 13-30). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Kopatz, A. C. & König, R. (2012). Individualistische Steuerungen? Oder Steuerung von Individuen? In F.G. Becker, G. Krücken & E. Wild (Hrsg.), *Gute Lehre in der Hochschule. Wirkungen von Anreizen, Kontextbedingungen und Reformen* (S. 51-66). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Krempkow, R. & Schulz, P. (2012). Welche Effekte hat die leistungsorientierte Mittelvergabe? Das Beispiel der medizinischen Fakultäten Deutschlands. *Die Hochschule*, 2, 121-141.
- Krücken, G. & Meier, F. (2006). *Turning the University into an Organizational Actor*. In G. Drori, J. Meyer & H. Hwang (Hrsg.), *Globalization and Organization* (S. 241-257). Oxford: Oxford University Press.
- Meier, F. (2009). *Die Universität als Akteur. Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Osterloh, M. & Frey, B. S. (2008). *Anreize im Wissenschaftssystem*. Zürich: Universität Zürich, Center for Research in Economics, Management and the Arts.
- Von Görtz, R., Heidler, R. & Jansen, D. (2010). Chancen für neue Forschungslinien? Leistungsorientierte Mittelvergabe und „ergebnisoffene“ Forschung. *Beiträge zur Hochschulforschung*, 2, 8-32.
- Wilkesmann, U. & Schmid, C. J. (2012). *The impacts of new governance on teaching at German universities. Findings from a national survey*. *Higher Education*, 63, 33-52.
- Wilkesmann, U. & Schmid, C. J. (2012). *Hochschule als Organisation*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

[1] Das Strategiepapier des Rektorats kann aus dem universitätseigenen W-lan oder extern mithilfe des VPN-Clients unter folgendem Link eingesehen werden: http://ekvv.uni-bielefeld.de/blog/rektoratintern/entry/profil_positionierung_performance_und_steuerung.

[2] Die inzwischen vorangeschrittenen Diskussionen in den Gremien der Universität lassen erkennen, dass das Rektorat plant, zukünftig Gelder mithilfe eines 3-Säulen-Modells, das einen Basis-, einen Leistungs- und einen Strategieetat umfasst, zu verteilen. Der Leistungsetat soll auf Basis von Formeln und festgelegten Indikatoren aus den Bereichen Forschung und Lehre errechnet und zugewiesen werden. Über die Verwendung des Strategieetats soll das Rektorat entscheiden.

[3] Der offene Brief wurde im Juni 2013 an das Rektorat, zur Kenntnis an die Mitglieder des Senates und des Hochschulrates sowie universitätsintern an weitere Gremienmitglieder geschickt. Die hier abgedruckte Fassung ist an einigen Stellen geringfügig verändert. Die Argumentation ist unverändert geblieben.

[4] Die LOM legt quantitative Indikatoren fest, nach denen kompetitiv – also in Konkurrenz zu anderen Hochschulen oder Organisationseinheiten – Gelder verteilt werden. Seit 1999 wird ein Teil (aktuell rund 23%) der finanziellen Zuweisungen des Landes NRW auf diese Weise an die Hochschulen gegeben. Verbreitete Indikatoren dabei sind AbsolventInnen (in Regelstudienzeit), Promotionen, Drittmittel oder Gleichstellungsquoten bei Professuren. Die Verteilung von Geldern mittels LOM innerhalb von Hochschulen ist bisher weniger ausgeprägt.

WAS IST EIGENTLICH MIT DEN ÜBRIGGEBLIEBENEN STUDIENGEBÜHREN PASSIERT?

Das vorerst letzte Kapitel dieses Streitthemas

Ein Gastbeitrag von Diether Horstmann¹
ASTA-Referent Hochschul- und Bildungspolitik

Mit der Einführung der Studiengebühren in NRW und damit auch an der Universität Bielefeld musste sich auch der Frage gewidmet werden, wie und für was diese Mittel ausgegeben werden. In Bielefeld wurden infolge eines Rechtsstreites die erhobenen Gebühren eingefroren. Das Moratorium hat seit diesem Jahr ein Ende und die Gebühren wurden ausgegeben. Es bleibt allerdings ein fahler Beigeschmack, da es Zweifel gibt, ob dabei alles im ursprünglichen Sinne des Gesetzes verlaufen ist.

Die Bildungspolitik des Bundes, vor allem aber des Landes NRW, hat die Hochschulen in den letzten Jahrzehnten in finanziell sehr schwierige Lagen manövriert. Der immer gleiche Lösungsansatz lautet: Wettbewerb. Konkurrieren sollen die Hochschulen um Drittmittel sowie um Teile des vom Land NRW zugewiesenen Budgets. Bis vor einigen Jahren gab es außerdem eine weitere - allerdings problematische - Möglichkeit der Finanzierung: Für den Zeitraum vom Wintersemester 2006/07 bis einschließlich zum Sommersemester 2011 wurde den Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt, Studiengebühren von bis zu 500,- € pro Semester von Studierenden zu erheben. Auch die Universität Bielefeld machte, gegen den Willen vieler Studierender, von dieser Möglichkeit Gebrauch - mit 350,- € war man da-

bei. Allerdings gab es damals eine aus Sicht der Studierendenschaft rechtlich fragwürdige, da nach Fachsemestern gestaffelte, Beitragsordnung für die ersten zwei Semester. Gegen diese wurde deshalb gerichtlich Beschwerde eingereicht. Die im Laufe dieses Verfahrens angehäuften Mittel (am Ende circa 4,2 Millionen Euro) durften deshalb erst einmal nicht ausgegeben werden. Doch auch nachdem das Gericht in zweiter Instanz am OVG Münster zu Gunsten der Hochschulleitung entschieden hatte, wurden die Mittel nicht angetastet.

Eine direkte Rückzahlung an die Studierenden wurde vom Rektorat ausgeschlossen. Als Kompromiss hat die zentrale §8-Kommission² die Gründung einer Stiftung empfohlen. Die Zielgruppe der Stiftung sollte, wie sonst sooft, nicht eine kleine Gruppe von herausragenden Studierenden sein - die durch Stipendien oder durchs Elternhaus in den meisten Fällen ohnehin schon überverteilt sind - sondern eine noch vom StuPa festzulegende Gruppe von zu fördernden Studierenden. Das Rektorat stellte sogar in Aussicht, das geplante Stiftungskapital von vier Millionen Euro mit eigenen Mitteln zu verdoppeln. Die genaue Ausgestaltung zog sich aber hin und wurde immer wieder verzögert.

Im Jahre 2011 wurden die Studiengebühren abgeschafft und dieser fi-

nanzielle Verlust der Hochschulen mehr schlecht als recht vom Land kompensiert.³ Die §8-Kommissionen existierten nicht mehr und somit auch nicht mehr deren Einflussnahme auf die Verwendung der ehemals eingefrorenen Mittel.

Im Jahr 2013 wurde dann für den Haushalt 2013 ein Finanzloch prognostiziert, das sich strukturell in den Folgejahren fortschreiben würde. In Verbindung mit der auch weiterhin fortbestehenden chronischen Unterfinanzierung durch das Land ließ dies die Frage aufkommen, wie die Löcher in den Bereichen Bewirtschaftung (z.B. Strom) und Bau zu bedienen seien.⁴ In dieser Situation erinnerte sich das Rektorat an die Studiengebühren von etwas mehr als vier Millionen, die nun schon solange in den Büchern der Universität schlummerten.

Da aber die Studiengebühren auch immer noch entsprechend des Zwecks, für den sie eingezogen wurden, verwendet werden mussten, also für „die Verbesserung von Studium und Lehre“, musste im Haushalt ein wenig Geld hin- und hergeschoben werden. Und das ging so: Die Fakultäten bekamen weniger Mittel aus dem frei verfügbaren Etat und dafür entsprechend einen Anteil aus den Studiengebühren. Auf diese Weise wurden die zweckgebundenen Studiengebühren, wenn schon nicht für deren Verbesserung, so doch für

den Erhalt von Studium und Lehre ausgegeben. Das so frei gewordene Geld konnte, da es keine Zweckbindung aufweist, im Haushalt frei verteilt werden. In diesem Fall konnte das Geld für Bewirtschaftung und Bau in den Haushalt eingestellt werden.

Auf diese Art und Weise war es möglich den letzten großen Batzen an eingenommenen Studiengebühren auszugeben, ohne dass sich formal jemand beschweren kann; über einige Umwege wird es ja für Studi-

um und Lehre genutzt. Die Studiengebührenzahler_innen von damals teil-finanzieren demnach den aktuellen Uni-Haushalt. Zurück bleiben ein fahler Beigeschmack und die Frage, ob dies im Sinne der Gesetzgeber_innen war.

[1] Unter Mitarbeit von Lukas Daubner.

[2] §8-Kommissionen waren die Gremien, in denen sowohl auf zentraler Ebene als auch auf Fakultätsebene über die Verwendung der Mittel aus Studiengebühren entschieden wurde. In diesen Kommissionen konnten die

Studierenden aktiv bei der Verwendung der Mittel mitbestimmen.

[3] Die Studiengebühren haben im Gesamthaushalt der Uni allerdings nur einen sehr kleinen Teil ausgemacht. Die Probleme, die viele Studierende mit der Erwirtschaftung von zusätzlichen 1000 Euro im Jahr hatten, können damit nicht gerechtfertigt werden.

[4] Wobei die Lokalisierung der Finanzlöcher sich als etwas willkürlich darstellt. Genauso gut könnte ins Feld geführt werden, dass Prestigeprojekte und Zusagen für die Finanzierung von Professor_innen mit für dieses Loch verantwortlich sind.

Auflockermes

Prahlern mit Zahlen

Anzahl der antagonistischen Hauptklassen laut Marx: **2**. Anzahl der Dollar-Milliardäre in Deutschland laut Forbes: **57**.¹ Nullen in einer Milliarde: **000000000**. Es scheint, als liebten die Mächtigen Zahlen. Allerdings gab es auch Zeiten, in denen ihr Verhältnis zu ihnen etwas angespannter war, von Zahlenliebe keine Spur: „Insbesondere in Ungarn scheiterte in den **1780er** Jahren die Einführung der Hausnummerierung zunächst am adligen Widerstand. Manch ein habsburgischer Adliger war keineswegs glücklich über den Umstand, dass sein Palast gleich den einfachen Hütten des Volkes mit einer Nummer versehen wurde.“² Wer möchte schon durch eine Zahl mit dem Pöbel verbunden sein? Um diese Verhältnisse tanzen zu lassen, verfasste good 'ol Kalle das **dreibändige** Kapital in einem Umfang von **2521 Seiten**.³ Ein Standardwerk. Fragt sich nur, wie viele Menschen es tatsächlich von Anfang bis Ende gelesen haben. Vermutlich **weniger**, als es behaupten.

Wo wir schon bei Unwahrheiten sind: Durch Steuerhinterziehung entgehen dem deutschen Staat jährlich Einnahmen in Höhe von schätzungsweise **100 Milliarden** Euro.⁴ Herr Hoeneß, Herr Hoeneß das ist 'ne Menge Wurst. Die Anzahl der illegal zu essenden Brötchen, um gekündigt zu werden: laut Bauverband Westfalen **zwei Hälften** (und eine Frikadelle).⁵

Da singt die Kapelle:

*Und weil der Mensch ein Mensch ist,
Drum braucht er was zum Essen, bitte sehr!
Es macht ihn ein Geschwätz nicht satt,
Das schafft kein Essen her.*

*[: Drum links, **zwei, drei!** :]
Wo dein Platz, Genosse ist!
Reih dich ein, in die Arbeiter**einheits**front,
Weil du auch ein Arbeiter bist.*⁶

Die Länge des 'antifaschistischen Schutzwalls' betrug übrigens **1378** Kilometer.⁷ Zwar ist dieser zum Glück

Geschichte, aber der Gewinner des Ganzen hat auch so seine Probleme. Würde man die Schulden Deutschlands als 5 Euro-Scheine übereinander stapeln, wäre dieser Stapel **200.000** Kilometer hoch, das ist fast **150-mal** so hoch, wie die Mauer lang war.⁸ Irgendwie scheint das System der kapitalistischen Produktionsweise in Teilen der Gesellschaft wenig Anklang zu finden. Unter dem Motto „Wir haben es satt“ demonstrierten im Januar ca. **30.000** Menschen – aber nicht gegen das ganze Schweinesystem, sondern speziell gegen die Agrarindustrie. Das Schweinesystem im Auge hatten auch die bis zu **10.000** Hamburger Demonstranten im **Dezember 2013** (**500** Demonstranten wurden dabei verletzt, **20** davon schwer).⁹ Die Anzahl der Klobürsten, die in der anschließend eingerichteten Gefahrenzone konfisziert wurden, ist leider unbestimmt.¹⁰ Aber eines wissen wir bestimmt: Die Anzahl der antagonistischen Hauptklassen laut Marx ist **2**.

[1] <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/forbes-liste-57-deutsche-sind-dollar-milliardaere-a-886800.html>

[2] Tantner, Anton (2007): *Ordnung der Häuser, Beschreibung der Seelen. Hausnummerierung und Seelenkonstruktion in der Habsburgermonarchie.* (Wiener Schriften zur Geschichte der Neuzeit; 4), Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag.

[3] *Geht in die Bibliothek und zählt nach.*

[4] <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article1005404/Steinbrueck-verteidigt-Gesetz-gegen-Steuerflucht.html>

[5] <http://www.sueddeutsche.de/karriere/prozess-in-nrw-broetchen-gegessen-kuendigung-1.36671>

[6] *Das Einheitsfrontlied* (Brecht/ Eisler)

[7] http://de.wikipedia.org/wiki/Innerdeutsche_Grenze

[8] <http://www.goldreporter.de/schuldenkrise-visualisiert-wie-viel-sind-eine-billion-euro/news/8340/>

[9] <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/rote-flora-proteste-gruene-fordern-sondersitzung-des-innenausschusses-a-940541.html>

[10] <http://www.taz.de/Bilanz-Gefahrengebiet/!131844/>

DIFFERENZIIERTES GESELLSCHAFTSBILD AUCH MIT DER KLASSENTHEORIE

Angesichts zunehmender Individualisierung werden vereinfachende Sozialstrukturanalysen entweder als Populismus abgetan oder als überholt betrachtet. So auch die Klassentheorie nach Marx, die im Alltagsverständnis auf folgende Aussage des Kommunistischen Manifestes verkürzt wird: „Die Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen“ (Marx 2003:10f). Das Manifest ist aber im Gegensatz zu vielen anderen Werken von Marx keine wissenschaftliche Analyse, sondern eine politische Kampfschrift. Dieser Text wird sich folgender Frage zuwenden: Bietet die marxistische Klassentheorie ein differenziertes Gesellschaftsbild jenseits einer Zweiklassengesellschaft, welches für Analysen dienlich ist?

Die meisten Zitate und Verweise stützen sich auf Werke, bei denen sich Joachim Bischoff als Verfasser oder Herausgeber ausgezeichnet hat. Bischoff war in den 1970er Jahren an der FU Berlin Lehrbeauftragter für Soziologie und zwischen 2008 und 2011 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft für DIE LINKE. Neben seiner politischen Tätigkeit, die in den 1960ern in der Sozialdemokratie begann, ist er vor allem im Lektorat des VSA-Verlages tätig. Im Gegensatz zu vielen anderen Klassentheoretikern seiner Zeit orientierte er sich nicht an der sowjetischen Lehrmeinung, sondern war bestrebt, Marx' Werk jenseits der marxistisch-leninistischen Lesart zu erschließen.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst, was für Marx eine Klasse ausmacht. Er macht die Existenz einer Klasse lediglich an ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln, ihrer Klassenlage, fest. Vertreter anderer Theorien versuchen eine Nicht-Existenz von Klassen durch das Fehlen großer sozialer Bewusstseinsgruppen, also fehlendem Klassenbewusstsein, zu begründen. Es werden Termini wie „Klassenverhältnis ohne Klassen“ (Kreckel 2004:141) konstruiert. Dabei sagt die Existenz einer Klasse noch nichts über ein Bewusstsein aus: Die Klasse *an sich* ist durch ihre Klassenlage soziologisch als Merkmalsgruppe zu betrachten, die Klasse *an und für sich* verfügt auch über ein Klassenbewusstsein: die Individuen sind sich ihrer gemeinsamen gesellschaftlichen Stellung bewusst und handeln 'als Klasse'.

Marx selbst ging nicht davon aus, dass die kapitalistische Gesellschaft per se in zwei antagonistische Klassen

geteilt ist. Im 'Achtzehnten Brumaire' zeichnet er ein sehr differenziertes Bild über die gesellschaftliche Zusammensetzung Frankreichs um 1850, die den Staatsstreich von Napoleon III. ermöglichte. Napoleon III. vertrat „eine Klasse, und zwar die zahlreichste Klasse der französischen Gesellschaft, die Parzellenbauern“ (Marx 1972:198). Diese bildeten eine Klasse an sich, da „Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung, von denen der andern Klassen trennen“ (ebd.). Erst durch die Stellvertreterpolitik Napoleons III. entwickelte sich ein gemeinsames Bewusstsein. Es wird in Marx' Formulierungen deutlich, dass es in seiner Theorie mehr als zwei Klassen im Kapitalismus geben kann, da er schreibt, dass sich die Klasse der Parzellenbauern „gegen die übrigen Klassen [Plural!] der Nation“ (Marx 1972:131) richtet.

Marx geht weiterhin von der Existenz von Haupt- und Nebenklassen aus. Die Hauptklassen des Kapitalismus sind Proletariat und Bourgeoisie; sie zeichnen sich durch ihren Antagonismus in der Stellung zu den Produktionsmitteln aus. Joachim Bischoff führt zu den Nebenklassen aus, dass diese sowohl „durch die Entwicklung des Kapitals weitgehend aufgelöst werden“ können oder „mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft erst entstehen oder ausgedehnt werden“ (Bischoff 1982:95). Das Verschwinden „dieser tradierten Zwischenklassen [...] ist im übrigen eine der kapitalistischen Produktion innewohnende Tendenz“ (Bischoff 1976:93), denn sie sind Relikte anderer gesellschaftlicher Epochen, anderer Produktionsverhältnisse.

Wenden wir uns der Analyse der heutigen Gesellschaft zu, so sind in Folge der Individualisierung der Lebensstile, der Beschäftigungsverhältnisse und der Bildungswege zusätzliche Klassen und Fraktionen innerhalb einer Klasse zu vermuten.

Die homogene Gruppe der Gehalt- und Lohnempfänger bezeichnen wir als Arbeiterklasse, das Proletariat, zu der „Facharbeiter, Gesellen, Industriemeister, angelernte und ungelernete Arbeitskräfte, Auszubildende, leitende Angestellte sowie technische und kaufmännische Angestellte, Landarbeiter, die verschiedensten Sorten Angestellter in privaten und öffentlichen Diensten, [...] in den Verwaltungen und bei Post und Bahn“ (Bischoff 1976:46) zu zählen sind. Für diese hat Arbeit vor allem die Funktion der Existenzsicherung, sie üben diese als Arbeitnehmer – oder besser: Arbeitskraftgeber – aus, „um am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben, d.h. leben zu können“ (ebd.).

Da sie nicht im Besitz der Produktionsmittel sind, können sie nicht von der Arbeit anderer leben. Zu diesem „beschäftigte[n] Teil der Arbeiterklasse“ (Bischoff 1982:88) kommen die Arbeitslosen.

Fraktionen bilden ein differenziertes Bild von Klassen ab. Joachim Bischoff wies in den 1970er und 1980er Jahren die folgenden Fraktionen, die hier um jüngere Ergebnisse des Berliner Politikwissenschaftlers Mario Candeias ergänzt wurden, innerhalb der Arbeiterklasse aus: die Industriearbeiter bilden die größte Fraktion (vgl. Bischoff 1976:62), gefolgt von den Arbeitern „isolierter Produktion [...] etwa [...] in der nicht-kapitalistischen Warenproduktion und -zirkulation[, ...] Heimarbeiter und Landarbeiter.“ (Bischoff 1976:64, dort auch genaue Zahlen). Eine weitere Fraktion scheinen Hochausgebildete zu sein, da sie „nicht länger als Angestellte oder gar Arbeiter, sondern vielmehr als eigenverantwortlich handelnde, unternehmerische [sic] denkende, selbständige Individuen, die ihre Interessen selbst vertreten können[,]“ (Candeias 2008:71) gesehen werden wollen. Ebenso qualifiziert ist die Fraktion des „Kybertariat[s]“ (Candeias 2008:76, Fußnote) – IT-Techniker.

Doch kann Prekarisierung vielleicht gar zum Entstehen einer neuen Klasse führen: dem Prekariat?

Prekarisierung ist das Zusammenspielen unterschiedlicher Prozesse. Laut Candeias können dies beispielsweise die „Erosion öffentlicher Dienstleistungen“, der Ausschluss von „längerfristige[r] Planungssicherheit für den eigenen Lebensentwurf [...], massive Verunsicherung oder Schwächung der individuellen und damit auch kol-

lektiven Handlungsfähigkeit“ (Candeias 2008:75f.) sein. Von diesen scheinen besonders Jugendliche und 'ausländische' Arbeitnehmer betroffen zu sein (vgl. Bischoff 1982:93f & Candeias 2008:66).

Da es sich hier um „eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung“ (Candeias 2008:76) handelt, der alle ausgesetzt sind, kann „trotz konvergierender sozialer Lagen [nur] von sich neu konstituierenden Klassenfraktionen“ (ebd.) gesprochen werden, da diese „sich [nur] durch ihre unterschiedliche Stellung im Produktionsprozeß [und nicht zu den Produktionsmitteln] in ihrer Lebenslage unterscheiden“ (Bischoff 1982:92). Innerhalb der Klassentheorie stellt das Prekariat also 'nur' neue Klassenfraktionen, jedoch keine(!) eigene Klasse dar.

Auf Aspekte der Prekarisierung möchte ich kurz tiefer eingehen, um daran zu veranschaulichen, dass die Klassenfrage auch heute keine rein wissenschaftliche ist. Die Beschäftigung von Leiharbeitern und auch Werkverträge schaffen Randbelegschaften, die konjunkturellen Schwankungen als erstes zum Opfer fallen (vgl. Giesecke & Wotschak 2009), sodass „[e]inige Betriebsräte [...] von Spaltungen und Neid zwischen den Belegschaften [sprechen]“ (Lorig 2012:17). Die unterschiedliche Stellung im Produktionsprozess führt zu einem Konflikt zwischen Stammbeslegschaften des Konzerns und Leiharbeitern, „[w]eil derart befristet[e] Beschäftigte notgedrungen schlechtere Bedingungen hinnehmen“ und, so der Daimler Betriebsrat in Untertürkheim, „dies auch den Druck auf die Stammbeslegschaft [erhöht]“ (Claus 2013).

Auch wenn es durchaus ökonomische Gründe gibt, fal-



len vor allem die Folgen für das Betriebsklima und ein gemeinsames Bewusstsein – auch in Form der Loyalität unter den Arbeitnehmern – ins Gewicht: „Denn auch wenn sich die Arbeitnehmer_innen zusammenschließen wird dies von der Arbeitgeberseite weiterhin nicht gerne gesehen und durch Spaltungsversuche verhindert.“ (Lorig 2012:18)

Zum Glück für viele Arbeitnehmer wird heute nicht mehr die Differenz betont, sondern setzen sich Gewerkschaften und Betriebsräte – zum Teil erfolgreich – für die Gleichstellung von Leiharbeiten und Stammbesetzungen ein (vgl. Handelsblatt 30.09.2010).

Betrachten wir nun die Kapitalistenklasse, die Bourgeoisie, stellen wir fest, dass diese in unserer Gesellschaft andere schwindende Nebenklassen assimilierte, so etwa „die Grundeigentümerklasse“ (Bischoff 1976:85), die heute nur noch eine Fraktion innerhalb der Bourgeoisie bildet. Was diese Fraktionen daran hindert, zu einer homogenen Klasse zu verschmelzen, ist die Tatsache, dass es innerhalb der Kapitalistenklasse „zwei verschiedene Arten des Eigentums“ (Marx 1972:139) gibt. Also zum einen jene, die Grundstücke besitzen, auf den Wohnhäuser oder Fabriken stehen, und solche, die sich die Maschinenparks zulegen, an denen die Arbeiter Mehrwert produzieren.

Jedoch besteht nicht nur eine „Rivalität zwischen Kapital und Grundeigentum“ (ebd.), sondern auch „das Gesetz der Konkurrenz“ (Bischoff 1976:81), das ein freies Handeln nur innerhalb der Gesetze des Marktes ermöglicht. Der Wohlstand der Kapitalisten liegt im Handeln nach diesen Gesetzen begründet, wodurch sie am Fortbestand der kapitalistischen Produktionsweise interessiert sind. Doch der zunehmende Widerspruch kommt im Rückgang der Kapitalisten zum Ausdruck (vgl. Bischoff 1976:82). Die weitere Fraktionierung der Bourgeoisie stellt die in reine Unternehmensbesitzer und Finanzierer, bzw. „Kapitaleigentümer und fungierende Kapitalisten“ (Bischoff 1976:83) dar. Letztere sind eine oft anonymisierte Masse aus Aktienern, Gläubigern oder Banken.

Nachdem wir nun die beiden Hauptklassen des Kapitalismus betrachtet haben, werden nun jene für die marxistische Theorie oft schwierig zu bestimmenden Nebenklassen ins Auge gefasst. Grundlegend kann von zwei Gruppen der Nebenklassen ausgegangen werden: die Mittelklasse(n) zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse und jene unterhalb des Proletariats.

„Zu den Mittelklassen gehören sehr heterogene Personengruppen, deren wesentliche Gemeinsamkeit bloß darin besteht, nicht in das unmittelbare Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital einbezogen zu sein“ (Bischoff 1982:95). Da eine Vielzahl ökonomischer Einkommensgruppen unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse und historisch bedingter Gruppen – aus der Zeit vor oder während des Kapitalismus – zu finden sind, ist es angebracht, von den Mittelklassen im Plural zu sprechen: selbstständigen Bauern und Kleinunternehmern (vgl. Bischoff 1982:95). Auch die Staatsbeschäftigten sind differenziert, wobei jedoch die Meinungen auseinandergehen, ob es sich nur um verschiedene Fraktionen

derselben Mittelklasse oder um jeweils eigenständige Klassen handelt (vgl. Bischoff 1976:105).

Jene Gruppen, die sozial schwächer gestellt sind als die Proletarier, sind ein „notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaft“ (Bischoff 1976:121) bzw. ihres Akkumulationsbedürfnisses. Arbeitslose können in diese Gruppen fallen, dazu kommt das Lumpenproletariat, welches unter anderem aus Wohnungslosen und Kriminellen besteht, „soweit sie nicht durch Angehörige unterhalten werden, sich durch Diebstahl oder Bettel ernähren, beziehen sie ihr Revenue vom Staat, meistens aus der Sozialhilfe, von der fast eine halbe Million Menschen überwiegend zu leben haben.“ (ebd.)

Wie wir gesehen haben, zeichnet die marxistische Klassentheorie ein differenzierteres Gesellschaftsbild, als gemeinhin angenommen. Bischoffs Texte legen nahe, von zwei Hauptklassen und mindestens zwei Nebenklassen in der heutigen Gesellschaft auszugehen. Diese Klassen beinhalten jeweils noch mehrere Fraktionen. Jedoch verlangt es die Differenzierung in unserer Gesellschaft „entlang zahlreicher Unterschiede und Gegensätze – nach Gender, nach Generationen, nach Beschäftigungsstatus, nach ethnisch-nationaler Herkunft“ (Bouffartigue 2003:224) – stets abzuwägen, ob für den jeweils betrachteten gesellschaftlichen Aspekt dieses oder jenes Modell der Sozialstrukturanalyse adäquat ist. Dieser Text konnte zumindest zeigen, dass der Vorwurf, die marxistische Klassentheorie kenne nur eine Zweiklassengesellschaft, unangebracht ist.

Patrick Kahle

Literatur:

- Bischoff, Joachim (Hrsg.). *Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung. Westberlin 1976*
- Bischoff, Joachim u.a.: *Jenseits der Klassen? VSA-Verlag. Hamburg 1982*
- Bouffartigue, Paul: *Vom Wiederaufleben der sozialen Konflikte zur »Wiederkehr der sozialen Klassen«? In Bischoff/Boccarda/Castel/Dörre u.a.: Klassen und soziale Bewegungen. VSA-Verlag. Hamburg 2003*
- Candeias, Mario: *Die neuen Solo-Selbständigen zwischen Unternehmensegeist und Prekariat. In: Prokla 150. März 2008. S. 65-82. URL: <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2008/Prokla150.pdf>*
- Clauss, Michael: *Daimler: Hauptversammlung am 10.4.2013. In: alternative 117. 12.4.2013. URL: <http://www.alternative-info.org/Alternativen/2013/Nr117.pdf>*
- Giesecke, Johannes & Wotschak, Philip: *Flexibilisierung in Zeiten der Krise: Verlierer sind junge und gering qualifizierte Beschäftigte. In: WZ-Brief Arbeit 1. Juni 2009. URL: http://bibliothek.wzb.eu/wzbrieftarbeit/WZBriefArbeit012009_giesecke_wotschack.pdf*
- Kreckel, Reinhard: *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Dritte, erweiterte Auflage. Campus. Frankfurt/Main 2004. S. 120 – 149;*
- Lorig, Philipp: *Werkverträge – Die neue Lohndumping Strategie?! 2012. URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls_studie_werkverträge.pdf*
- Marx, Karl: *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In MEW 8. Dietz Verlag. Berlin/DDR 1972. S. 115 - 207*
- Marx/Engels: *Das Manifest der Kommunistischen Partei. 17. Auflage. Dietz-Verlag. Berlin 2003*
- Handelsblatt: *Nachschlag für die Stahlarbeiter (30.09.2010). URL: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/tarifstreit-beendet-nachschlag-fuer-die-stahlarbeiter-seite-all/3551286-all.html>*

DIE EU-AUßENGRENZE.

Manifest globaler Ungleichheit.

After the first and the second world wars/You'd think us Europeans couldn't take it no more/But we built up and tore down the Berlin wall/Only to build up a new and improved around our crumblin' Fort Europa/ This one was a bit tricky, not visible to the naked eye/And if you was lucky/You could slip through the cracks and the crevices tuckin'/Your life under your arm, this way some people snuck in/Only to become second class citizens/Not listed in the system not existing in a sense. (aus: Loop Troop/ Fort Europa)¹

Die politische Gemeinschaft der EU hat sich über sechs Jahrzehnte um besondere Anstrengungen für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte verdient gemacht. Mit dieser Begründung verlieh das norwegische Nobelpreiskomitee im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis an die EU. Die EU gilt damit als Hort des Friedens und als Wahrerin der Menschenrechte.²

Doch wie fügen sich Vorkommnisse wie das Anfang Oktober 2013 in diese Erzählung ein? Mindestens 300 Flüchtlinge ertrinken vor der Küste der italienischen Insel Lampedusa – einem der am stärksten überwachten Küstenabschnitte der Welt. Und Spiegel Online titelt: „Europa trauert, Europa mauert“.³ Damit wird die Scheinheiligkeit in Bezug auf die Tragik dieser Situation treffend beschrieben. In der europäischen Öffentlichkeit herrscht große Betroffenheit über die toten Flüchtlinge und gleichzeitig trägt die EU Mitverantwortung daran.

Die Erzählung vom Friedensprojekt der EU soll hier nicht ein weiteres Mal nachgezeichnet werden. Vielmehr möchten wir an ein dunkles – oftmals ausgelassenes – Kapitel in dieser Erzählung erinnern. Es soll dabei um eine globale Ungleichheit gehen, die sich an den Außengrenzen der EU manifestiert und sich tagtäglich durch die Grenzsicherungspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten reproduziert. Auch wenn es leicht ist, die Augen davor zu verschließen: Europa ist eine Festung! Eine Festung, die durch eine Politik der Abschottung eine globale Ungleichheit (re)produziert und sich damit insbesondere mittelloser Menschen aus politisch instabilen Ländern verschließt. Dabei verfolgt die EU die Politik, Menschenrechtsverletzungen von ihrem Territorium fernzuhalten. Hier wird die These verfolgt, dass die gemeinsame Außengrenze der EU Menschenrechtsverletzungen befördert. In diesem Zusammenhang sind das Schengener Abkommen und die Dublin II Regelung ebenso von hoher Bedeutung wie die selektive Funktion von Grenzen im Allgemeinen und der gemeinsamen EU-Außengrenze im Speziellen.

Kamlage et. al. (2008) folgend, soll Selektivität von Grenzen hier verstanden werden als „die Herstellung und

Durchsetzung von Differenzen zwischen Personengruppen [...], die sich auf die Möglichkeit der Grenzüberschreitung auswirken“ (ebd.:17). Gilt dies für Grenzen im Allgemeinen, trifft es insbesondere für die EU-Grenzen zu. Denn es sind die persönlichen und strukturellen Eigenschaften einer Person, die darüber entscheiden, ob die Einreise in die EU ermöglicht wird (vgl. Mau et. al. 2008: 134, Eigmüller 2006: 219).⁴ BürgerInnen aus dem Großteil der OECD-Staaten haben keine Probleme, in die EU einzureisen. Für viele MigrantInnen aus afrikanischen Staaten oder den Staaten des Nahen Ostens bleibt die Festung Europa jedoch meistens strikt verschlossen (vgl. Eigmüller 2006: 130).

Neben der Selektivität von Grenzen beschreiben Mau et. al. (2008) außerdem die *Internationalisierung* als weiteres prägendes Charakteristikum von Grenzen in Europa. Internationalisierung beschreibt den durch das Schengener Abkommen vollzogenen Schritt, gemeinsam koordinierte Grenzziehung und Grenzsicherungspolitik einzuführen. Als drittes Charakteristikum wird die *Exterritorialisierung* eingeführt, die eine Reaktion auf ein liberales Paradox⁵ darstellt: Kontrollen und Zurückweisungen

finden demnach nicht nur auf dem Territorium der EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch (durch Kooperationen) auf Territorien von Drittstaaten statt. Mit dieser Verschiebung der Grenzkontrollen und weiteren Maßnahmen der Abschottung gegenüber unerwünschten

Personengruppen vermeidet die EU Menschenrechtsverletzungen auf eigenem Boden (vgl. ebd.: 2008: 140ff.). Mit dem Ziel, die von populistischen PolitikerInnen so genannten „Migrationsströme“ bereits vor der Grenze zur EU einzudämmen, üben die EU und ihre Mitgliedstaaten sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Druck auf Drittstaaten aus.

„Neue Nachbarschaftspolitik“ ist in der Sprache der EU eine Worthülse für solche Abkommen, wie etwa dem zwischen Libyen und der EU: Im Gegenzug zu verschiedenen Maßnahmen zur Förderung der libyschen Wirtschaft musste Libyen zusichern, Flüchtlingslager zu bauen und verstärkt Polizei sowie Militär zur Kontrolle von Flüchtlingen auf seinem Territorium einzusetzen (vgl. Eigmüller 2006: 78). Diese Maßnahmen stellen Versuche dar, eine „räumliche Lösung des ‚liberalen Paradoxes‘ [der eingeschränkten Entscheidungshoheit] zu finden“ (Mau et. al.: 2008: 143).⁶

Wie bereits oben angedeutet, hat das Schengener Abkommen von 1985 bei der Betrachtung der EU Außengrenzen eine zentrale Bedeutung. War es zunächst eine Vereinbarung über die Öffnung der Staatsgrenzen zwischen Frankreich, Deutschland und den Beneluxstaaten, ist das Abkommen von Schengen seit 1999 (Vertrag von Amsterdam) Teil der europäischen Verträge und muss

Die politisch gewollte Einteilung in erwünschte und unerwünschte Menschen kristallisiert sich an Staatsgrenzen in menschlichen Dramen.

somit von neuen Mitgliedstaaten in das jeweilige nationale Recht übernommen werden. Das Abkommen von Schengen gilt gemeinhin als *die* zentrale Errungenschaft im europäischen Integrationsprozess – als diejenige, die den größten Einfluss auf die Lebenswirklichkeit der Menschen hat. Eig Müller (2006) und Carr (2012) zeigen in ihren Analysen der Außengrenze Europas, wie das Schengener Abkommen und dessen Nachfolgeabkommen den EU-BürgerInnen freies Reisen ermöglichen. Menschen aus Nationen, die nicht Teil dieses Abkommens sind, wird die Einreise aber erschwert. Vor allem an den südlichen Außengrenzen werden drastische Maßnahmen ergriffen, um die Einreise 'unerwünschter' Personen zu verhindern. Diese Maßnahmen stellen nicht selten Menschenrechtsverletzungen dar. Schätzungen zufolge sind dadurch im vergangenen Jahrzehnt zwischen 10.000 und 13.500 MigrantInnen beim Versuch, das westliche Mittelmeer zu überqueren, gestorben. Allein im Jahr 2006 starben 6.000 MigrantInnen bei der Überfahrt auf die kanarischen Inseln (vgl. Krause 2012: 198).⁷

Die Todesfälle können natürlich nicht alle dem Versagen der Behörden zugerechnet werden. Ein dem am Grenzschutz beteiligten Behörden häufig vorgeworfenes Vergehen ist unterlassene Hilfeleistung. Zahlreiche Fälle von körperlichem Missbrauch und Vorenthaltung von Wasser und Lebensmitteln sind dokumentiert (vgl. Weinzierl & Lisson 2007: 18ff.). Allerdings ist eine klare Beurteilung der Lage oft schwierig. Andere Fälle von Menschenrechtsverletzungen sind dagegen deutlich: Es sind verschiedene Vorfälle dokumentiert, bei denen Grenzschützer in Seenot geratene Schiffe mit Flüchtlingen an Bord gerammt und zur Umkehr gezwungen haben. Im Jahr 2007 weigerte sich die Besatzung eines maltesischen Fischerboots, in Seenot geratene Flüchtlinge aufzunehmen. Diese retteten sich, indem sie sich an den Thunfischnetzen festhielten. Da sich die verständigten libyschen und maltesischen Behörden nicht über die Zuständigkeit für die Rettung einigen konnten, trieben die Flüchtlinge knapp 24 Stunden im Meer. Gerettet wurden sie letztendlich von der italienischen Marine. Der UN-Menschenrechtskommissar merkte daraufhin an, dass Europa dem Wilden Westen gleiche und ein menschliches Leben keinen Wert mehr hätte (vgl. ebd.: 19).

Die Externalisierung und Exterritorialisierung von Menschenrechtsverletzungen

Grenzen sind im Kern selektiv. Die politisch gewollte Einteilung in erwünschte und unerwünschte Menschen kristallisiert sich an Staatsgrenzen in menschlichen Dramen. Aber nicht die Grenze selbst ist hier der Akteur, sondern die Politik und ihr operatives Personal.

Durch das Schengener Abkommen ist die südliche Grenze Spaniens gleichzeitig die Grenze Deutschlands, genauso wie sie auch die Grenze von Schweden und Dänemark ist. Es ist nicht verwunderlich, dass dadurch vor allem die Länder Spanien, Griechenland und Italien in den Verhandlungen über das Abkommen als „Einfallstore für Migrationsströme“ (Vobruba 2005) diskreditiert wurden und es ein zentrales Ziel der Verhandlungen war, dieses Szenario zu vermeiden. So haben die

Schengen-Staaten in den Verträgen festgehalten, dass Grenzen zu Drittstaaten im Interesse *aller* weiteren Mitgliedstaaten zu schützen sind.

Um das Grenzregime der EU zu verstehen, ist zudem die Dublin-II-Verordnung (besser bekannt unter dem Namen „Drittstaatenlösung“) wichtig. Das Prinzip der Drittstaatenlösung legt seit 2003 fest, dass immer derjenige Staat für das Asylverfahren zuständig erklärt wird, der als erstes von dem oder der Flüchtenden betreten wurde. So schützt sich beispielsweise Deutschland – abgesehen von Asylverfahren an Flughäfen – vor weiteren Verfahren, indem es Flüchtlinge zurück an Spanien, Italien und Griechenland verweist.⁸

Es kann konstatiert werden, dass durch die speziellen institutionellen Arrangements der Druck auf die Staaten an den EU-Außengrenzen besonders hoch ist. Dadurch und durch das allgemeine politische Klima,⁹ so vermuten wir, sehen sich die Verantwortlichen dazu legitimiert, härtere und teilweise unrechtmäßige Maßnahmen durchzuführen, was sich im Falle von nationalen Grenzen anders verhalten würde.

Ein zentraler Akteur im europäischen Grenzschutz ist Frontex. Frontex wurde 2004 zur Unterstützung der EU-Grenzstaaten bei der Grenzsicherung und um die Grenzsicherungspolitik europaweit zu koordinieren, gegründet. Mit dem Auftrag, das Grenzregime der EU zu koordinieren, umzusetzen und weiterzuentwickeln, nimmt diese Organisation mit Sitz in Warschau hier eine wichtige Position ein. In dieser Rolle wird Frontex scharf kritisiert, besonders für Einsätze vor den Küsten Spaniens und Italiens, bei denen eine große Anzahl von Flüchtlingen umkam.¹⁰ Somit ist Frontex der zentrale Akteur, wenn es um die Externalisierung von Menschenrechtsverletzungen vom Territorium der EU geht.

Wichtig ist bei der Betrachtung dieser Problemlage natürlich zwischen legalen, aber normativ problematischen und illegalen Handlungen zu unterscheiden. Die Grenzen sind allerdings oft fließend. Ganz unabhängig davon zu welchem Schluss Beobachter oder angerufene Gerichte kommen, es geht in allen Fällen um das konkrete Leiden von Menschen.

Die Unterscheidung zwischen erwünschten und unerwünschten Personen etabliert eine Form globaler Ungleichheit, deren Auswirkungen den Entstehungsprozess der ‚Friedensgemeinschaft‘ um ein dunkles Kapitel ergänzen. Die Festung Europa existiert – zumindest für einen Teil der Weltbevölkerung. Vor dem Hintergrund dieser Grenzsicherungspolitik wird die EU dem selbstgegebenen und durch den Friedensnobelpreis bestätigten Wert des Schutzes der Menschenrechte nicht gerecht. Perfide wird ihr Handeln, wenn zu der Selektivität der Grenze die Exterritorialisierung der Menschenrechtsverletzungen kommt. Akteure wie Frontex sorgen dafür, dass die europäischen Staaten sich in der Grenzsicherung nichts zu Schulden kommen lassen; auf Kosten derer, die im Mittelmeer ertrinken.

Felix Schenuit & Lukas Daubner

Literatur

- Carr, Matthew, 2012. *Fortress Europe*, London: Hurst.
- Eigmüller, Monika, 2007. *Grenzsicherungspolitik*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Mau, Steffen et. al. 2008, *Grenzen in der globalisierten Welt. Selektivität, Internationalisierung, Exterritorialisierung*. *Leviathan: Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 2008, 36, 1, 123.
- Mau, Steffen (Hrsg.), 2012. *Liberal states and the freedom of movement*, Basingstoke [u.a.]: Palgrave Macmillan.
- Kamlage, Jan-Hendrik et al., 2008, *Transformationen europäischer Grenzen*. In: Friedrich Arndt und Carmen Dege et al. (Hrsg.), *Ordnungen im Wandel*, Bielefeld: transcript.
- Krause, Johannes, 2012, *Das Sterben an den EU-Außengrenzen – Die Normalität in der Abnormalität*, Humboldt University Berlin, Germany, URL: <http://edoc.hu-berlin.de/miscellanies/netzwerkmira-38541/189/PDF/189.pdf> (12.11.13).
- Schengener Grenzkodex: (EG) Nr. 562/2006, URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:105:0001:01:DE:HTML> (12.11.13).
- Vobruba, Georg, 2005, *Die Dynamik Europas*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Weinzierl, Ruth & Urzula Lisson, 1997, *Border Management and Human Rights – A Study of EU Law and the Law of the Sea*, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

[1] http://nobelpeaceprize.org/en_GB/laureates/laureates-2012/announce-2012/

[2] Die Menschenrechte sind dadurch charakterisiert, dass sie universell, egalitär und unteilbar sind. Zu den Menschenrechten gehören unter anderem: das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Schutz vor Folter und Prügel, Recht auf Freiheit, Eigentum, Persönlichkeitsrechte, Versammlungsfreiheit und Informationsfreiheit. Zudem das Recht auf Rechtsschutz, ein faires Verfahren und die Unschuldsvermutung.

[3] Spiegel.de vom 4.10.2013

[4] Selektionskriterien sind insbesondere die politische Stabilität des Herkunftslandes, die eigene Vermögenslage sowie Kontakte zu Menschen in der EU, die bereit sind, eine Bürgerschaft zu leisten (Schengener Grenzkodex: (EG) Nr. 562/2006). Wie die Situation in anderen Staaten, etwa den USA oder Russland, ist, müsste gesondert geprüft werden. Der Verdacht liegt aber nahe, dass es keine spezifische Eigenschaft der europäischen Außengrenze ist.

[5] Das hier vorliegende liberale Paradox beschreibt eine Situation, in der sich die EU-Staaten an liberalen Normen wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention gebunden haben und damit die eigentlich dem liberalen Nationalstaat obliegende Entscheidungshoheit über den Eintritt in das eigene Territorium einschränken (vgl. Mau et al. 2008: 140f.).

[6] Ein Problem entsteht hier dadurch, dass Drittstaaten oft nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, die Flüchtlinge zu versorgen. Berichten zu Folge kommt es auch immer wieder zu Folter, Vergewaltigungen und Erpressung.

[7] Für die Darstellung weiterer Beispiele inkl. der Beschreibung der Situation der spanischen Exklave Melilla in Marokko siehe Carr 2012 *Fortress Europe*.

[8] Griechenland hat im Rahmen der Dublin-II-Verordnung für Aufsehen gesorgt, da der EuGH aufgrund fehlender Gewährleistung menschenwürdiger Umstände die Rückverweisung von Flüchtlingen nach Griechenland untersagte.

[9] Wiederholt sprechen führende Politiker_innen von einer externen Bedrohung durch die in die EU 'eindringenden' Flüchtlinge. Eine Aushöhung der Wohlfahrtsstaaten wird heraufbeschworen. Verschiedene rechtspopulistische Gruppierungen heizen diese Stimmung an.

[10] Vgl. http://www.proasyl.de/de/themen/eu-politik/de-tail/news/frontex_bootsfluechtlinge_und_die_menschenrechte/

sozusagen

Bielefelder Studierendenmagazin
der Fakultät für Soziologie
Ausgabe SoSe 2014

Redaktion:

Alexander Engemann
Arne Kramer-Sunderbrink (V.i.S.d.P.)
Feride Celik
Finn-Rasmus Bull
Johanna Springhorn
Katharina Guth
Lukas Daubner
Michael Grothe-Hammer
Rainald Manthe (Berlin-Korrespondent)
Sophia Cramer
Sophia Stockmann
Tabea Koepp

Layout-, Logo-, Covergestaltung:

Michael Grothe-Hammer

Cover-Bild:

Arne Kramer-Sunderbrink

Finanzen und Werbung:

Alexander Engemann

Postanschrift:

Universität Bielefeld
Fachschaft Soziologie
sozusagen-Magazin
Postfach 100131
33501 Bielefeld

Druck:

Druckerei WIRmachenDRUCK GmbH
Mühlweg 25/2-3, 71711 Murr

Auflage:

1000

Zuschriften und Kritik an:

sozusagen-bielefeld@gmx.de

Die sozusagen im Internet:

<http://sozusagenblog.wordpress.com/>

Dank an:

Das StuPa der Universität Bielefeld
und allen anderen Mithelfern!

Der Inhalt der Beiträge muss nicht unbedingt die Meinung der Redaktion widerspiegeln, verantwortlich sind allein die Autoren/Fotografen/Künstler. Die Rechte der Beiträge liegen bei ihren jeweiligen Inhabern. Sollten durch Zitate, Abbildungen oder andere Darstellungen Urheberrechte oder Rechte Dritter verletzt werden, geschieht dies unbeabsichtigt. Für diesen Fall bitten wir um Mitteilung.

ARBEITERKINDER

Klassenkampf?! Dabei kann man an aufgeheizte Theoriediskussionen in der Soziologie denken - oder aber an (reale) soziale Ungleichheit. Insbesondere dem Bildungssystem kommt bei der Erzeugung und Reproduktion sozialer Ungleichheit eine wichtige Rolle zu. In regelmäßigen Abständen werden Studien veröffentlicht, in denen dem deutschen Bildungssystem Ungleichheit nachgewiesen wird: Von hundert Kindern aus Akademikerfamilien besuchen 81 die Oberstufe, und 71 beginnen ein Studium (BMBF 2013). Von 100 Kindern von Nicht-Akademikern dagegen beginnen durchschnittlich 45 die Oberstufe und 24 ein Studium. Insbesondere Kinder aus Elternhäusern aus niedrigeren sozialen Klassen¹ absolvieren deutlich seltener das Abitur oder beginnen ein Hochschulstudium. Auf welche Hindernisse stoßen Studierende, die nicht aus einer Akademikerfamilie kommen, beim Übergang in die Universität und während des Hochschulstudiums? Antworten darauf hat die „Arbeiterkind“-Gruppe der Universität Bielefeld. Diese berät und informiert Abiturienten und Studienanfänger, die als Erste aus ihrer Familie studieren.

„Es gibt ja keine Klassen mehr, wie es sie vielleicht im 19. Jahrhundert mal gab, sondern im Gegenteil: man geht vielmehr davon aus, dass es eine Bildungsgleichheit gibt, durch Bafög und Studienabschlussstipendien. Das hat die Ungleichheit noch unaussprechlicher gemacht. Es gibt keinen gesellschaftlichen Diskurs, auf den man sich beziehen kann: Hier, ich hab genau das Problem.“ Ähnlich argumentieren Botanski und Chiapello in „Der neue Geist des Kapitalismus“ (2003): Hinter der Rechtfertigung der vermeintlichen Chancengleichheit im Kapitalismus verbergen sich die Ungleichheiten der Gesellschaft. Das Bildungssystem erzeugt durch Noten, zentrale Abschlussprüfungen und Numerus Clausus den Eindruck, alle Schüler_innen und Studierende gleich zu behandeln, während die Ausgangssituationen der einzelnen Personen immer schon ungleich sind. Im Falle der Bildungsungleichheit kann es sich dabei zum einen um aktive Diskriminierungen handeln, zum anderen um strukturell angelegte Ungleichheiten. Aktive Diskriminierung – zum Beispiel durch Professoren, die sich über die Bildungsexpansion beschwerten – kämen in der Praxis eher selten vor, so die „Arbeiterkind“-Gruppe. Stattdessen sehen sie in den Habituskonflikten² ein bedeutenderes Hindernis im Studium: „In einem Seminar gibt es ganz häufig Leute, die können sich gut ausdrücken, melden sich häufig, wissen ganz viel. Und es gibt Andere, die melden sich nicht so häufig und können sich auch nicht so eloquent ausdrücken. Und das ist das einzige, was der Dozent sieht.“ Studierende, die den akademischen Habitus verinnerlicht haben, sich gut ausdrücken und diskutieren können

werden demnach als schlauer oder leistungsfähiger wahrgenommen. In der akademischen Sprache und Diskussionskultur kann also eine Herausforderung für Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien liegen: „Es gibt zum Teil eine andere Diskussionskultur in Familien, wo die Eltern nicht studiert haben. Es wird nicht so viel Wert gelegt, spezifisch zu sein, bestimmte Worte richtig zu benutzen. Natürlich stimmt es auch nicht, dass alle Kinder aus Akademikerfamilien genau wissen wie es an der Uni läuft, aber ich glaube, dass die sich da schneller rein finden“, meint ein Mitglied der Gruppe.

Es kann also problematisch sein, sich den akademischen Habitus anzueignen. Gelingt das allerdings, erleben „Arbeiterkinder“ oft, dass das alte soziale Umfeld befremdet reagiert. Die Eltern und Freunde von früher können die Probleme eines Studiums häufig nicht nachvollziehen. „Es ist natürlich besonders schmerzhaft, wenn man merkt, dass sich sein eigener Habitus verändert. Man muss sich schon eher der Frage stellen, wie kommuniziere ich mit meiner Familie oder mit Freunden von zuhause, ohne die arrogante, abgedrehte Studentin zu sein.“

Dazu kommt, dass für die Familien die (Teil-)Finanzierung des Studiums ein harter finanzieller Einschnitt sein kann, viel gravierender als für bes-

**Hinter der Rechtfertigung
der vermeintlichen
Chancengleichheit im
Kapitalismus verbergen sich
die Ungleichheiten der
Gesellschaft.**

serverdienende Eltern. Die meisten Studierenden aus Arbeiterfamilien finanzieren sich zum Teil durch Bafög, zum Teil durch die Unterstützung der Eltern. Wenn es dann doch mal Probleme gibt, die dazu führen, dass sich das Studium verlängert, stoßen diese Studierenden auf Schwierigkeiten: „Die Studiensicherheit ist häufig viel geringer, weil es keine durchgängige Finanzierung durch die Eltern gibt, ohne sich großartig rechtfertigen zu müssen.“ Besonders in der Studienabschlussphase kann der Druck auf Studierende aus Arbeiterfamilien sehr hoch werden, da Bafög nur für die Regelstudienzeit ausbezahlt wird. Dauert es dann doch länger, müssen viele Studierende, deren Eltern sie nicht unterstützen können, zusätzlich Kredite aufnehmen.

Ein anderer Aspekt der strukturellen Benachteiligung von Arbeiterkindern zeigt sich in einer aktuellen Studie von Christian Schneikert (2013): Der Anteil von Studierenden aus Akademikerfamilien ist unter den studentischen Mitarbeiter_innen noch einmal deutlich höher als unter den Studierenden insgesamt. Das wirkt sich auch auf die Vergabe von Promotionsstellen aus. „Bei der Stellenbesetzung zählt nicht nur wissenschaftliche Expertise, sondern auch 'Ich hab das Gefühl wir verhalten uns ähnlich' oder 'Wir sind uns ähnlich'.“, so ein Mitglied von „Arbeiterkind“. Der akademische Habitus der Professor_in kann sich auf die Bewerber_innenauswahl auswirken.

Zusammenfassend erleben Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien auf verschiedenen Ebenen im Studium Hindernisse, die sich nicht allein auf ihre finanzielle Situation reduzieren lassen: Zum einen durch

Was bewegt sich

einen fehlenden akademischen Habitus zu Beginn des Studiums, der in der Uni erwünscht ist. Zum anderen durch den Erwerb eines akademischen Habitus, was im Herkunftsmilieu zu Ablehnung führen kann. Letztlich führt dies zur Reproduktion sozialer Ungleichheit: die Institution der Universität dient keinesfalls nur der Verteilung sozialer Positionen in der Gesellschaft, wie Luhmann die Funktion des Bildungswesens definiert. Stattdessen reproduziert und legitimiert die Hochschule ungleiche Lebenschancen in der Gesellschaft.

Ich danke den beiden Mitgliedern der Arbeiterkind-Gruppe für das Gespräch!

Arbeiterkind.de ist ein bundesweites Netzwerk aus unabhängigen Hochschulgruppen. Das Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, durch In-

formationen zum Studium die Hindernisse am Übergang von Schule zu Studium abzubauen. Dafür bietet die Bielefelder Gruppe vor allem Workshops in Schulen an. Diese verfolgen das Ziel, die Schüler_innen zu informieren und ihnen Argumente für ein Studium an die Hand zu geben. Die Arbeiterkind.de Ortsgruppe Bielefeld freut sich über Interesse und Mitstreiter_innen.

Sophia Stockmann

Literatur:

■BMBF (2013): *Bildung und Forschung in Zahlen 2013*. online verfügbar unter: http://www.bmbf.de/pub/bildung_und_forschung_in_zahlen_2013.pdf

■Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus. Édition discours*; 30. Konstanz: UVK-Verl.-Ges.

■Schneickert, Christian (2013): *Studentische Hilfskräfte und MitarbeiterInnen*. Konstanz [u.a.]: UVK-Verl.-Ges.

[1] Verwendet man „Klasse“ anstatt von dem (in der deutschen Soziologie weitaus geläufigeren) Begriff „Schicht“, ist damit die soziale Differenzierung einer Gesellschaft mit einer Betonung auf Ausbeutungsverhältnissen zwischen den Klassen gemeint. Ich beziehe mich hier auf den Begriff der Klasse nach Bourdieu. [2] Nach Bourdieu meint „Habitus“ „Die Konditionierungen, die mit einer bestimmten Klasse von Existenzbedingungen verknüpft sind, erzeugen die Habitusformen als Systeme dauerhafter und übertragbarer Dispositionen, als strukturierte Strukturen, die wie geschaffen sind, als strukturierende Strukturen zu fungieren, d.h. als Erzeugungs- und Ordnungsgrundlagen für Praktiken und Vorstellungen, die objektiv an ihr Ziel angepaßt sein können [...]“ (Bourdieu 1998, S.99)

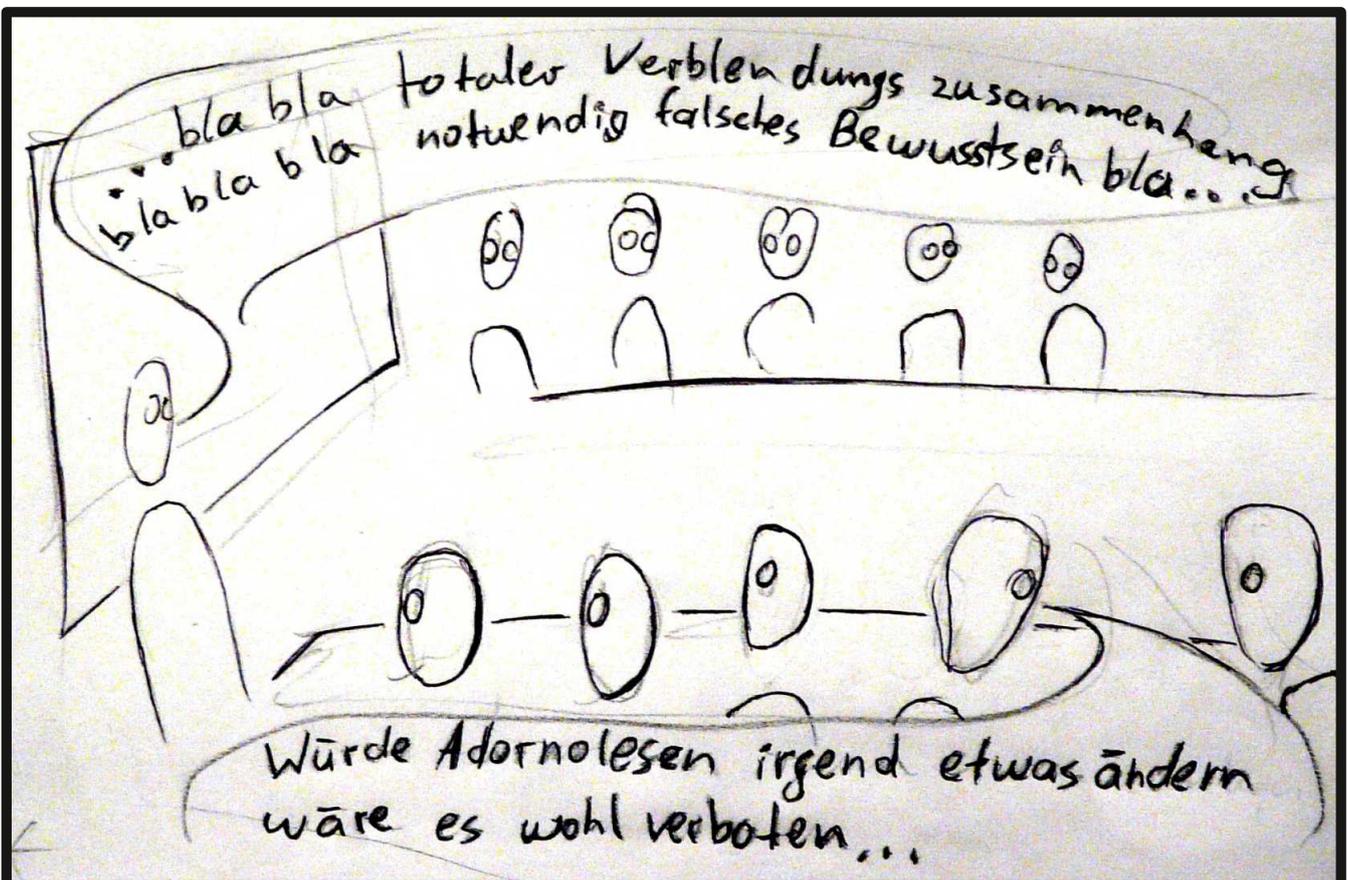
Kontakt:

www.bielefeld.arbeiterkind.de
bielefeld@arbeiterkind.de

Auflockern des

Adornolesen

von Arne Kramer-Sunderbrink



SYNTHETISCHER PROTEST

Wie Social Media das Demonstrieren verändert



Facebook und Twitter laufen über. So lässt sich das Gefühl beschreiben, wenn man während der Proteste in Ägypten und in der Türkei viele dort ansässige Kontakte abonniert hatte. Unablässig bewegt sich ein Datenstrom mit immer neuen Informationen über aktuelle Protestereignisse, über politische Hintergründe und Reaktionen über den Bildschirm. Es sind viele Videos darunter. Durch Smartphones sind diese Nachrichtenströme auch für die Protestierenden allgegenwärtig. Sie verändern Protest: Face-to-face Interaktion wird ergänzt durch die virtuelle Kopräsenz unzählbarer anderer.

Social Media¹ kommt seit einiger Zeit verstärkt bei Protesten zum Einsatz: Die Proteste der „Arabellion“, aber auch die in Brasilien oder Blockupy in Frankfurt, sind Beispiele dafür. Der Arab Social Media Report betont, dass „the growth of social media in the region and the shift in usage trends have played a critical role in mobilization, empowerment, shaping opinions, and influencing change“ (Dubai School of Government 2011, S. 24). Dass dies so ist, ist nicht verwunderlich: Es ist vor allem die junge Generation, die hier protestiert – und sie tut dies zunehmend über diese Medien. Die Verfügbarkeit per Smartphone ist dabei ein wichtiges Element: Es trägt Social Media in die Proteste, ohne dass umständliche Hardware erforderlich ist. Social Media verändert das Protestieren: Protest wird dadurch in Echtzeit vom heimischen Schreibtisch, aus dem Café oder von der Arbeit aus nachvollziehbar, es eröffnet neue Möglichkeiten der Echtzeitdokumentation und dadurch auch -koordination. Doch wie genau verändert Social Media die konkrete Situation des Protestierens? Im Folgenden werden erste Überlegungen für eine Forschungsperspektive präsentiert.

Protest 2.0

Vor allem Facebook, Twitter, Youtube aber auch Whats-App sind die sozialen Medien, welche im Zusammenhang mit Protest genutzt werden. Alle möglichen denkbaren Inhalte werden kommuniziert. Sie lassen sich in reine Informationen und politische Positionierungen grob unterteilen.² Die Reaktionen darauf sind vielseitig. Sie reichen vom Weiterleiten einer Information über deren Kommentierung bis hin zur Verbreitung einer richtigstellenden Information. Im Gegensatz zu face-to-face Interaktion, bei der gegenseitige Wahrnehmung durch physische Kopräsenz gewährleistet wird, funktioniert virtuelle Kommunikation etwas anders, auch wenn sie teilweise ebenfalls Kopräsenz schafft. Interessant ist in der Onlinekommunikation im Gegensatz zur face-to-face Interaktion, dass andere Mechanismen der Validierung von Informationen notwendig sind als in Interaktionen. Antonakis (2012) identifiziert drei: Erstens zählt „echte“ Freundschaft auch virtuell: Informationen von Freunden wird eher geglaubt als solchen von Unbekannten. Auch die Übertragung von Glaubwürdigkeit ist möglich, wenn jemand Bekanntes eine Person als vertrauenswürdig einschätzt. Zweitens entfalten Videos eine eigene Evidenz. Drittens wird eine Information als glaubwürdig eingeschätzt, wenn mindestens drei oder mehr Personen diese unabhängig voneinander verbreiten (Antonakis 2012, S. 48ff.). Auf Twitter lässt sich Ähnliches beobachten: Wird eine interessante Information von einer unbekanntenen Quelle verbreitet, wird die Glaubwürdigkeit dieser Quelle unter den Twitterkontakten erfragt.³

Mindestens drei Funktionen von Social Media für das Protestieren lassen sich identifizieren: Information, Motivation und Koordination.

(1) Information

Die Verbreitung von Informationen, die oft nicht über andere Medien zugänglich sind, bildet nach bisherigen Erkenntnissen den Großteil protestrelevanter Kommunikation. Die Echtzeitdokumentation von Demonstrationen bildet einen wichtigen Bestandteil dieser Informationspolitik. Dies zeigt zum Beispiel Mohamed Amjahid. Er ist einer, dessen Facebook-Chronik manchmal überläuft. Er hat für DIE ZEIT über die Proteste in Ägypten berichtet, die zum Sturz von Mohamed Mursi führten. Auf seiner Facebook-Chronik schrieb er im Minutentakt über die Demonstrationen: Wo befinden sich die Muslimbrüder, wo ihre Gegner, wo Polizei und Armee? Wo gibt es Mittel gegen Tränengas? Wie viele Menschen protestieren an diesem oder jenem Ort? Dies diente vor allem seiner Sicherheit. Die Informationen wurden aber auch rege zu anderen Zwecken genutzt: Via privater Nachrichten, SMS oder Telefon wurde er von vielen Leuten vor allem in Sicherheitsfragen konsultiert, da er die Informationen vor Ort erhoben hatte: Ist es sicher, da oder dort hinzugehen, zu protestieren? Dass dies vor allem über nichtöffentliche Kommunikationskanäle erfolgte, scheint mit staatlicher Überwachung zusammenzuhängen und damit, dass mobiles Internet in Ägypten nicht überall – vor allem nicht innerhalb von Demonstrationen – funktioniert. Daneben werden Social Media vor allem für die Verbreitung von Meinungen und Kommentierungen von Artikeln und Videos genutzt.

(2) Motivation

Neue Informationen können ebenso wie der Austausch mit Bekannten über bestimmte Ereignisse eine motivierende Funktion haben. Vom „Aufstand der Vernetzten“ berichtet Sebastian Erb (Erb 2013, S. 5) in Brasilien. Ohne Social Media, so einer seiner Interviewpartner, wäre der Aufstand in Brasilien nicht möglich. Dabei stellt er vor allem die Motivationsfunktion von Social Media heraus: Zuvor unpolitische Personen werden zum Protestieren angeregt (vgl. auch Leistert 2013, S. 44).

(3) Koordination

Nina Pauer spricht vom Smartphone als „logistischer Funkzentrale“: „Der Rhythmus, in dem sich die vereinzelte Masse vor den Smartphone- und iPad-Brettchen verbunden hat, gar als Hilfe organisierender, sich formierender Schwarm fühlen durfte, war enger getaktet denn je. ‚Wir sind viele‘, so drückt sich das noch vage Gefühl eines ungeformten Mutes zur Gestaltung aus [...]“ (Pauer 2013b, S. 4). Protestkoordination via Social Media beginnt bei der Erstellung von Veranstaltungen etwa auf Facebook und erstreckt sich bis hin zur Koordination der konkreten Demonstrationssituation.

Social Media allein macht jedoch noch keinen Protest. Anna Antonakis (2012) verweist darauf, dass die Wechselwirkungen zwischen virtuellem und realem Protest eine wichtige, für die Untersuchung relevante Rolle spielt. Protest wird nicht vollkommen virtuell, er muss aufgegriffen und interaktiv ausgespielt werden: Face-to-Face Inter-

aktion und virtuelle Kopräsenz spielen zusammen. Dies geschieht vor allem während Demonstrationen, um die es im folgenden Abschnitt geht.

Synthetischer Protest

Social Media spielt sowohl in der Vorbereitung als auch während der Proteste eine Rolle. Im Folgenden möchte ich mich auf die Verwendung während des Protestes konzentrieren und analysieren, wie die Verwendung von Social Media die interaktive Protestsituation verändert. Während des Protestes spielen vor allem die Informations- und die Koordinationsfunktion eine Rolle, während Motivation bereits vor dem Demonstrieren geleistet werden muss.

Demonstrationen sind Interaktionssituationen. Goffman definierte sie über physische Anwesenheit und „response presence“, also die Wahrnehmung der Wahrnehmung der eigenen Äußerungen durch die anderen Beteiligten (Goffman, 1983, S. 2f.). Social Media verändert sie: Nicht mehr nur physisch Anwesende und die ihnen gemeinsame Umgebung spielen in der Interaktionsordnung eine Rolle, auch elektronisch vermittelte Andere werden präsent. Karin Knorr Cetina bezeichnet solche Situationen physischer und elektronischer Kopräsenz als synthetische Situationen. Sie beschreibt am Beispiel globaler Währungsmärkte (Knorr Cetina und Bruegger 2002, S. 907)

und des internationalen Terrorismus (Knorr Cetina 2005), wie Massenmedien, das Internet und spezielle Bankingsysteme Interaktionen verändern und fokussiert dabei die globale Vernetzung durch interaktionsnah gebaute Strukturen. Diese nennt sie globale Mikrostrukturen: „patterns of relatedness and coordination that are global in scope but microsocial in character and that assemble and link global domains“ (Knorr Cetina und Bruegger 2002, S. 907). Sie argumentiert weiter, dass diese „features of the interaction order, loosely defined, have become constitutive of and implanted in processes that have global breadth; microsocial structures and relationships are what instantiate some of the most globally extended domains [...]“ (ebd.). Interaktion kann also, via elektronischer Hilfsmittel, global vernetzt werden. Diese elektronischen Hilfsmittel nennt Knorr Cetina skopische Medien. Dies sind im Falle der Finanzmärkte vor allem die auf bis zu sieben Bildschirme vor den Tradern verteilten Nachrichtenströme, Handelssysteme und Chatmöglichkeiten von Reuters und Co. Sie verbinden diese globalen Mikrostrukturen in Echtzeit (Knorr Cetina und Bruegger, 2002).

Bei Protest genügt meist ein Bildschirm, oft sogar in Smartphonegröße: Über diesen werden virtuell vermittelt weitere Demonstrationsteilnehmer zugeschaltet. Skopische Medien sind im Protestfalle vor allem Social Media. Facebook, Twitter und Youtube vermitteln ein Mehr an Informationen, Motivation und Koordination, als dies durch physische Kopräsenz vermittelt werden könnte. Face-to-face Interaktion muss sich nun auch die Aufmerksamkeit der Individuen mit der face-to-screen Interaktion teilen, wobei bei Demonstrationen aufgrund der Bewegungsnotwendigkeit, aber auch der rezipierten Gefahr durch Sicherheitskräfte und Gegendemonstranten, die

Was geschieht, wenn an unterschiedlichen Orten der Welt beispielsweise Occupy-Proteste virtuell vernetzt stattfinden?

Wahrnehmung der Umgebung gegenüber der Wahrnehmung der Informationen auf dem Bildschirm überwiegen dürfte. Unter welchen Bedingungen die Aufmerksamkeit eher zur einen oder anderen Seite tendiert, bleibt empirisch zu prüfen.

Welche Merkmale haben synthetische Situationen gegenüber face-to-face Interaktionen und was bedeutet das für Protest? Synthetische Situationen haben drei Merkmale: 1) sie sind informationell, 2) sie sind ontologisch fluide, und 3) sie können zu einem projizierten Akteur in der Interaktion werden (Knorr Cetina 2009, S. 69ff.).

(1) Synthetische Situationen greifen nicht nur auf die materielle Welt zu, sondern auch in starkem Maße auf virtuelle Informationen: Demonstrationen koordinieren sich nicht mehr nur als Herdenverhalten oder aufgrund der Weisungen von Ordnern, Ordnungskräften oder Megafonaussprüchen. Sie formen sich auch auf Grundlage virtueller Informationen neu: Dort ist es sicher/unsicher, hier gibt es Mittel gegen Tränengas, Nahrung und Getränke.

(2) Damit verändert sich ihre Realität beständig und immer schneller – sie sind ontologisch fluide: Fortwährend entsteht eine neue Realität. Dies trifft auf Demonstrationen im Gegensatz etwa zu einem Gespräch in einem Kaffeehaus schon immer zu, bewegen und verändern Demonstrationen sich doch fortlaufend. Allerdings kommt durch den Gebrauch von Social Media eine neue Dimension hinzu: Die Situation verändert sich nicht nur ausgehend von räumlich begrenzt wahrnehmbaren Informationen, es kommen virtuelle Informationen aus anderen Bereichen hinzu – potentiell verfügbar für alle Demonstrationsteilnehmer gleichzeitig. So weiß etwa das Ende eines Demonstrationenzuges nun Dank eines Blicks auf Twitter, was am Anfang passiert – und umgekehrt. Realitätskonstruktion ist durch den virtuellen Informationsfluss immer prozesshafter.

(3) Dieser Informationsfluss, ist er dicht und unpersönlich genug, kann zu einem dritten Akteur in der Interaktion werden. Knorr Cetinas Trader imaginieren den informationsvermittelten „Markt“ als ihr Gegenüber, mit dem sie interagieren. Ob dies auf Demonstrationen ebenso zutrifft, bleibt empirisch zu prüfen – möglicherweise sind Informationsflüsse hier nicht dicht genug oder die physisch kopräsenten Anderen sind zu präsent, als dass es zu einer derartigen Projektion kommen kann.

Fazit und Ausblick

Wie verändert Social Media die Protestsituation? Social Media dienen der Information, Motivation und Koordination, sie ergänzen die Protestinteraktion, ersetzen sie jedoch nicht. War für Goffman physische Kopräsenz noch konstitutiv für Interaktion, vermischen sich im hier dargestellten Fall physische und virtuelle Kopräsenz. Interaktion bleibt in der konkreten Protestsituation dabei zumeist wichtiger als virtuelle Interaktionspartner. Im Gegensatz zum von Knorr Cetina beschriebenen Währungshandel ist Protest zudem weniger alltäglich, sodass sich Routinen weniger schnell ausbilden und verfestigen als dort.

Die Perspektive der synthetischen Situation eröffnet nicht nur einen Blick darauf, wie Social Media die konkrete Protestsituation verändert. Auch auf Globalisierungsdynamiken durch Protest wird man aufmerksam: Was geschieht, wenn an unterschiedlichen Orten der Welt beispielsweise Occupy-Proteste virtuell vernetzt stattfinden? Wenn sich die Arabellion medial weiter verbreitet, wenn Globalisierungskritiker weltweit gegen den Neoliberalismus protestieren? Welche Effekte hat Social Media auf diese Proteste, wie kann dadurch eine gemeinsame Identität erschaffen werden? Wie verändern diese vernetzten, globalen Proteste das Gesicht der Welt? Dies sind nur einige Fragen für die gilt: further research needed.

Rainald Manthe

Literatur

- Antonakis, Anna (2012): *Der Quelltext der "Tunesischen Revolution". Partizipation in der Gegenöffentlichkeit und an der Schnittstelle von virtuellen und realen Räumen: Ein medienanalytischer Zugang.* Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orient. Berlin (Working Paper, 5).
- Baurmann, Jana Gioia (2013): "Wir sind doch keine Vasallen!" Ungarns Studenten wehren sich gegen die willkürliche Bildungspolitik ihrer Regierung. In: *Die ZEIT*, 1.8.2013 (32), S. 57.
- Dubai School of Government (Hg.) (2011): *Arab Social Media Report. Civil Movements: The Impact of Facebook and Twitter (Vol 1., No. 2).*
- Dubai School of Government (Hg.) (2012): *Arab Social Media Report. Social Media in the Arab World: Influencing Societal and Cultural Change? (Vol 2, No.1).*
- Erb, Sebastian (2013): *Aufstand der Vernetzten. In Brasilien gehen Hunderttausende meist junge Leute auf die Straße. Ihren Protest organisieren sie vor allem auf Facebook.* In: *taz, die tageszeitung*, 27.6.2013, S. 5.
- Goffman, Erving (1983), "The Interaction Order", *American Sociological Review*, Vol. 48 No. 1, S. 1–17.
- Knorr Cetina, Karin (2009): *The Synthetic Situation: Interactionism for a Global World.* In: *Symbolic Interaction* 32 (1), S. 61–87.
- Knorr Cetina, K. (2005): *Complex Global Microstructures: The New Terrorist Societies.* *Theory, Culture & Society* 22 (5), S. 213–234.
- Knorr Cetina, Karin; Bruegger, Urs (2002): *Global Microstructures: The Virtual Societies of Financial Markets.* In: *American Journal of Sociology* 107 (4), S. 905–950.
- Leistert, Oliver (2013): *Der Beitrag der Social Media zur Partizipation.* In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26 (2), S. 39–48. Online verfügbar unter http://www.fjnsb.org/sites/default/files/downloads/FJSB_2013-2_Leistert.pdf.
- Pauer, Nina (2013a): *Zum Sandsack, zur Freiheit! Im Netz solidarisieren sich die Deutschen mit den türkischen Protesten und der Fluthilfe. Steckt dahinter ein Hunger nach Realität?* In: *Die ZEIT*, 13.6.2013 (25), S. 47.
- Pauer, Nina (2013b): *Die Unfähigkeit zu wüten. NSA, na und? Im Netz geben sich viele User cool statt aufgeregt. Das muss aber nicht so bleiben.* In: *Die ZEIT*, 27.6.2013 (27), S. 4.

[1] Als Social Media bezeichnet man Facebook, Twitter und viele andere Dienste des Web 2.0, die dem Prinzip der many-to-many communication folgen: Nicht ein Sender beliefert viele Empfänger mit Inhalten, jeder ist zugleich Sender und Empfänger, kann Empfangenes kommentieren, verbreiten, verändern.

[2] Interview mit Mohamed Amjahid; Antonakis 2012.

[3] Eigene Beobachtung, hier am Beispiel der Zusammenstellung von Twitterern „Journalisten in Ägypten“ von Zeit-Online.

GESELLSCHAFTSKRITIK UND DAS PROBLEM DER ANONYMEN AUTORITÄT

Die großen gesellschaftlichen Diskurse scheinen, zumindest in Deutschland, wie ein Relikt aus vergangener Zeit. Die Parteien im Bundestag gleichen sich in ihren Profilen immer weiter an und der letzte Generalstreik liegt mehr als 60 Jahre zurück. Man kann sich daher schon die Frage stellen, warum immer weniger Konflikte in der Politik und der Gesellschaft ausgetragen werden. Vielleicht liegt es an den Castingshows und Reality-Formaten im Fernsehen, da sie die Menschen in ein politisches Koma versetzt haben. Es könnte natürlich auch sein, dass die Mehrheit satt und zufrieden ist und nichts an ihrem Status ändern will.

Eine andere Erklärung für diese Konfliktlosigkeit bietet der Sozialpsychologe und Philosoph Erich Fromm. Er macht vor allem die *anonyme Autorität* für die mangelnde Protestbereitschaft verantwortlich. Um dieses Phänomen besser zu verstehen, sollte man sich zunächst mit der *offenen Autorität* vertraut machen, welche laut Fromm vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts für viele westlichen Gesellschaften prägend war.

Fromm definiert Autorität nicht als eine Eigenschaft, über die ein Mensch verfügen kann, wie beispielsweise seine Körpergröße oder Gewicht (vgl. Fromm 2011: 86). Sie lässt sich vielmehr dort ausmachen, wo Menschen Anweisungen anderer annehmen: „Die Autorität bezieht sich auf eine zwischenmenschliche Beziehung, bei welcher der eine den anderen als jemanden ansieht, der ihm überlegen ist.“ (Fromm 2011: 86)

Wenn man den Urheber eines Befehls eindeutig ausmachen kann, dann ist dieser eine offene Autorität, so Fromm. „Immer weiß ich, daß eine Autorität dahinter steht; ich weiß, wer es ist, was er will und was mein Gehorsam oder mein Aufbegehren für Folgen haben wird.“ (Fromm 2011: 133) Bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts traf man diese Form der Autorität häufig an. Es gab beispielsweise den Ehemann, der als Familienoberhaupt die Geschicke seiner Familie lenkte oder Politiker wie Franz Josef Strauß, der sich eher als König und weniger als demokratischer Vertreter sah.

Natürlich gibt es heutzutage immer noch patriarchale Strukturen innerhalb der Familie, der Politik oder anderer gesellschaftlicher Institutionen. Fromm stellt allerdings die These auf, dass sich seit der Mitte des letzten Jahrhunderts die anonyme Autorität immer stärker etabliert hat. „Die Eltern erteilen keine Befehle mehr; sie legen dem Kind nahe, daß es 'das wohl gern tun möchte'.“ (Fromm 2011: 134) Die anonyme Autorität ist in ihren Anweisungen wesentlich subtiler und gleichzeitig wirksamer als die offene Autorität: „Sie tarnt sich als gesunder

Menschenverstand, als Wissenschaft, als psychische Gesundheit, als Normalität oder als öffentliche Meinung.“ (Fromm 1990: 125) Man begegnet der anonymen Autorität in vielen Bereichen unserer Gesellschaft. Grundsätzlich handelt es sich um Ratschläge, die meist rational begründet erscheinen und durch Massenmedien aber auch durch soziale Gruppen und einzelne Personen an die Individuen herangetragen werden.

Im Jahr 2004 trat beispielsweise das „Gesetz für Reformen am Arbeitsplatz“ in Kraft. Dieses Gesetz (oder genauer: dessen Implementierung) ist ein gutes Beispiel für die Wirkungsweise von anonymer Autorität. Unternehmen dürfen seither Angestellten, die älter als 52 Jahre alt sind, jedes Jahr neue befristete Verträge anbieten. Dies ist Unternehmen auch dann gestattet, wenn es keinen sachlichen Grund dafür gibt (vgl. Seifert 2006). Die damalige rot-grüne Bundesregierung begründete die Maßnahmen damit, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland wettbewerbsfähiger gemacht werden müsse.¹ In den Medien plädierten Wissenschaftler für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und die Bertelsmann-Stiftung wurde nicht müde, die Vorzüge dieser Beschäftigungsverhältnisse zu preisen (vgl. Böckelmann 2004). Das Spannende an der Sache ist, dass es kaum öffentlichen Protest gegen diese Entwicklungen gab.² Diese Protestlosigkeit dürfte unter anderem daran gelegen haben, dass nicht klar war, gegen wen man seinen Unmut richten sollte. Hätte man gegen Bertelsmann, die Bundesregierung oder gegen den neoliberalen Zeitgeist protestieren sollen?

Dabei stellt sich die Frage, was eigentlich das Problematische an der anonymen Autorität ist. Man könnte den mangelnden Protest ja auch als Zeichen eines gesellschaftlichen Konsenses deuten. Vielleicht ist die anonyme Autorität ja in der Lage, zwischen den unterschiedlichen politischen Interessen zu vermitteln. Fromm kritisiert an der anonymen Autorität aber genau diesen scheinbaren Frieden. „Solange es noch offene Autoritäten gab, gab es Konflikte und es gab Rebellion [...]“ (Fromm 2011:134) Dieser Konflikt ist für Fromm, in Bezug auf die Persönlichkeitsentwicklung, enorm wichtig: „Ich erlebe mich als 'Ich', weil ich zweifle, protestiere, rebelliere. Selbst dann, wenn ich mich unterwerfe und geschlagen gebe, erlebe ich mich als 'Ich' - als das besiegte Ich.“ (Fromm 2011: 134) Eine gestärkte und selbstbewusste Persönlichkeit kann sich daher nur durch den Disput mit anderen entwickeln.

Es bleibt letztlich die Frage, wie man der anonymen Autorität begegnen will. Diese Aufgabe scheint nicht ganz einfach zu sein, da Gesellschaft immer komplexer wird. Oftmals kann man das Geflecht von Wirtschaft und Politik nur schwer durchdringen. Es scheint fast unmöglich

zu sein, sich gegen die meisten sogenannten 'Sachzwänge' zu wehren. Man kann oftmals nur schwer feststellen, wer der Urheber eines Ratschlags ist. „Es ist, als ob ein unsichtbarer Feind auf uns schießen würde. Da ist niemand und nichts, gegen das man sich wehren könnte.“ (Fromm 1990:137)

Vielleicht sollte man sich öfter mal die Frage stellen, ob einem gewisse Entscheidungen und Anweisungen sinnvoll erscheinen. Hierbei sollte man vielleicht zunächst auf die eigene Intuition hören, bevor man sich von der Expertise anderer beschallen lässt. Dies erfordert allerdings eine gewisse Portion Mut und vor allem ein gesundes Selbstbewusstsein. Individualität bedeutet nämlich nicht, dass man sich im Supermarkt aus zwanzig verschiedenen Tiefkühlpizzen die passende auswählt. Es geht vielmehr darum, ein eigenes Wertesystem zu entwickeln, das nicht zwangsläufig mit dem der Mehrheit übereinstimmen muss. Man sollte ruhig ein bisschen herumspinnen, denn schlimmer als die Reality-Formate kann es

schon nicht werden.

Jan Braun

Literatur:

■ Böckelmann, Frank. Bertelsmann. *Hinter der Fassade des Medienimperiums*. Frankfurt am Main: Eichborn, 2004.

■ Fromm, Erich. *Die Furcht vor der Freiheit*. München: DTV, 1990.

■ —. *Wege aus einer kranken Gesellschaft*. München: DTV, 2011.

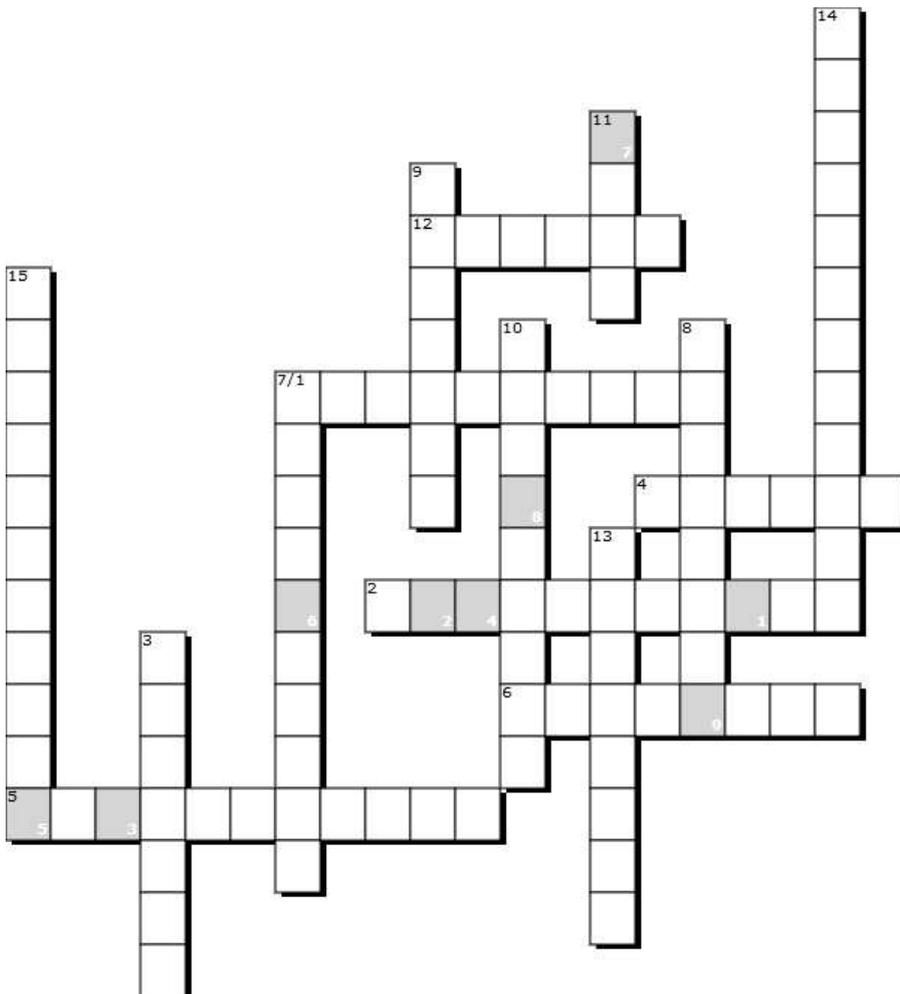
■ Seifert, Hartmut. „Was hat die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts gebracht.“ *WSI Mitteilungen*, 2006.

[1] Regierungserklärung „Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“ von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003 vor dem deutschen Bundestag, *Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 15/32, Berlin 2003*, S. 2479.

[2] Natürlich gab es zeitweise Demonstrationen mit bundesweit 200.000 Teilnehmern. Den meisten Zulauf gab es allerdings nur von August bis Oktober 2004. Vgl. *Die Zeit*, Ausgabe 2/2005 „Mit letzter Kraft über die Startlinie.“

Auflockern des

Kreuzworträtsel



1. Nicht Handarbeit
2. Antagonistische Klasse des Proletariats
3. Bekanntes Werk von Karl Marx (Das ...)
4. Die Revolution frisst ihre...
5. Wen oder was in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf?
6. Heutiger Name von Karl-Marx-Stadt
7. Konzept von Antonio Gramsci (... Hegemonie)
8. "... ist das Opium des Volkes."
9. Bekanntes Konzept Pierre Bourdieus
10. Vorname von Engels
11. Ungleichheitsmaß in der Sozialstrukturanalyse (...-Koeffizient)
12. Bekannter kritischer Theoretiker
13. Nicht Basis
14. Aus welchem Roman stammt der Satz "Alle Tiere sind gleich. Aber manche sind gleicher als andere." (3 Worte)
15. Kapitalsorten nach Bourdieu: Soziales Kapital, Ökonomisches Kapital, ... Kapital & Symbolisches Kapital.



Generiert mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator!
www.xwords-generator.de

DIE UNMÖGLICHKEIT DER KRITIK IN DER SOZIOLOGIE

Im Folgenden werde ich am Beispiel der immanenten Kritik zeigen, dass Kritik am Gegenstand in der Soziologie prinzipiell nicht möglich ist. Unter Kritik verstehe ich dabei eine Aussage der Art 'Dies und das ist der Fall und es ist schlecht, dass das der Fall ist.' bzw. 'Dies und das ist der Fall, sollte aber nicht der Fall sein'. Kritik enthält also für mich wesentlich einen normativen Bestandteil: eine Aussage darüber, wie die Welt *sein sollte*, oder *nicht sein sollte*.

Dieses ehrgeizige Ziel dient, um ehrlich zu sein, eher der Provokation, und wer sich die Mühe macht, den ganzen Text zu lesen, sieht, dass ich später bescheidener werde. Man kann den Text auch als Plädoyer lesen, sich auch in seinen eigenen Texten mal mit der Argumentationsstruktur zu beschäftigen (insbesondere damit, ob das leidenschaftliche Fazit eigentlich durch die vorangegangene Argumentation gestützt ist). Man kann ihn aber auch einfach als Gelegenheit nehmen, mal zu hören was es eigentlich mit diesem naturalistischen Fehlschluss auf sich hat, von dem immer alle reden.

I.

Als sich die Soziologie als Wissenschaft konstituierte, tat sie das in Abgrenzung von der politischen Philosophie: In die Soziologie sollten keine normativen Prämissen¹ eingehen, da diese unverbindlich, subjektiv, nicht intersubjektiv überprüfbar sind.² Soziologen, die trotzdem Kritik üben wollten, sind auf die Idee der immanenten Kritik gekommen: Die immanente Kritik verzichtet darauf, eigene Wertmaßstäbe von außen an ihren Gegenstand heranzutragen. Stattdessen misst sie ein System an seinen eigenen Maßstäben, deckt Widersprüche innerhalb der Ideologie und zwischen Ideologie und Praxis auf. Sie ist „die [Analyse] der Stimmigkeit oder Unstimmigkeit der Meinung selbst und ihres Verhältnisses zur Sache“ (Adorno 1979: 215)³.

Kritik ohne normative Prämissen? Da wird die „Mutter aller Wissenschaften“ (die Philosophie) hellhörig, argwöhnt der neugewonnenen Unabhängigkeit ihrer Tochterwissenschaft - doch nicht bloß aus Eifersucht. Grund zur Skepsis bietet auch Humes Gesetz, die Sein-Sollen-Dichotomie, (strenggenommen fälschlicherweise) oft auch als naturalistischer Fehlschluss bezeichnet.

II.

Bei Humes Gesetz geht es um *deduktiv gültige Argumente*, das sind Argumente, bei denen die Konklusion *logisch* aus den Prämissen folgt, d.h. dass die Konklusion wahr sein *muss*, wenn die Prämissen wahr sind. Ein deduktiv gültiges Argument wäre zum Beispiel:

- (P1)⁴ Alle Menschen sind sterblich.
- (P2) Sokrates ist ein Mensch.
- Also: Sokrates ist sterblich.

Wenn man akzeptiert, dass die Prämissen wahr sind, dann *muss* man die Wahrheit der Konklusion akzeptieren. Kein vernünftiger Mensch kann behaupten, dass zwar alle Menschen sterblich sind, und Sokrates ein Mensch, aber nicht sterblich ist. Ein deduktiv nicht gültiges Argument wäre dagegen:

- (P1) Wer Soziologie studiert, interessiert sich für Menschen.
- (P2) Lisa studiert Soziologie.
- Also: Lisa ist eher extrovertiert.

Wer die Wahrheit der Prämissen akzeptiert (nehmen wir einmal an, diese sind wahr) muss nicht die Wahrheit der Konklusion akzeptieren. Jemandem, der behauptet 'Lisa studiert Soziologie und Soziologiestudenten interessieren sich für Menschen, aber extrovertiert ist sie nicht.', würden wir nicht vorwerfen er wäre irrational, denn es ist ja durchaus möglich, dass, gegeben Prämissen 1 und Prämissen 2, die Konklusion trotzdem falsch ist.

Das Problem mit diesem Argument ist, dass die Extraversion in den Prämissen nicht auftaucht. Man könnte das Argument leicht um eine dritte These ergänzen: (P3) *Wer sich für Menschen interessiert, ist eher extrovertiert*. Mit dieser zusätzlichen Prämisse wäre das Argument gültig, die Konklusion folgt logisch aus den Prämissen. (Das heißt natürlich nicht, dass damit gezeigt ist, dass die Konklusion wahr ist, denn ob die neue Prämisse (P3) wahr ist, ist höchst zweifelhaft und die Konklusion eines deduktiv gültigen Schlusses ist nur dann zwingend wahr, wenn alle Prämissen wahr sind.)

Humes Gesetz sollte jetzt eigentlich gar nicht mehr so überraschen. Hume schreibt 1882 in *A Treatise of Human Nature*:

„In every system of morality, which I have hitherto met with, I have always remark'd, that the author proceeds for some time in the ordinary ways of reasoning, and establishes the being of a God, or makes observations concerning human affairs; when of a sudden I am surpriz'd to find, that instead of the usual copulations of propositions, is, and is not, I meet with no proposition that is not connected with an ought, or an ought not. This change is imperceptible; but is however, of the last consequence. For as this ought, or ought not, expresses some new relation or affirmation, 'tis necessary that it shou'd be observ'd and explain'd; and at the same time that a reason should be given; for what seems altogether inconceivable, how this new relation can be a deduction from others, which are entirely different from it.“ (Hume 1978: 469)

Hume bemerkt in den moralischen Argumenten seiner Zeitgenossen, dass in den Prämissen in der Regel von

verschiedenen deskriptiven Annahmen die Rede ist, d.h. von Sätzen die davon handeln, wie die Welt *ist* oder *nicht ist*, aus diesen Prämissen soll dann aber eine normative Konklusion folgen, also eine, die davon handelt, wie die Welt *sein sollte* oder *nicht sein sollte*. Diese Veränderung ist „of the last consequence“, d.h. einfach „sehr wichtig“. Wer für die Konklusion argumentieren will, muss erklären, wo dieses Sollen herkommt. Er müsste in den Prämissen davon schreiben, so wie im zweiten Argument oben die Extraversion in die Prämissen muss.

Ein Beispiel:

- (P1) Es würde Lisa sehr helfen, wenn ihr jemand einen Euro leiht.
- (P2) Franz könnte ihr helfen, denn er hat einen Euro dabei und braucht ihn grade nicht.
- Also: Franz sollte Lisa seinen Euro geben.

Das klingt zunächst gar nicht unplausibel, aber ist das Argument auch deduktiv gültig, d.h. folgt die Konklusion zwingend aus den Prämissen? Wäre es möglich, dass die Prämissen wahr sind, die Konklusion aber falsch? Jedem, der ein bisschen Fantasie hat, wird sicher eine Situation einfallen, in der das so ist. Es könnte zum Beispiel so sein, dass Lisa eine Terroristin von der übelsten Sorte ist. Ihr fehlt nur ein Euro, um sich vom Schwarzmarkt eine Pistole zu kaufen. Der fehlende Euro hält sie davon ab, auf der Stelle in der Universität Amok zu laufen. In diesem Fall sind (P1) und (P2) wahr, die Konklusion aber falsch: Franz sollte Lisa keinen Euro geben (vorausgesetzt man ist gegen Amokläufe an der Universität). Wieder kann man das Argument vervollständigen, in dem man eine dritte Prämisse hinzufügt: (P3) Lisa sollte geholfen werden. Ob diese Prämisse und damit auch die Konklusion wahr ist, hängt von der Situation ab. In der eben beschriebenen (zugegeben eher an den Haaren herbeigezogen) Situation wäre sie wohl falsch, wenn sich Lisa bloß ein Brötchen holen wollte, vielleicht richtig.

Was folgt nun aus Humes Gesetz für moralische Argumente? Vereinfacht könnte man sagen: 'You can't get out what you don't put in'. Argumente mit normativen Konklusionen müssen auch mindestens eine normative Prämisse haben, sonst sind sie nicht gültig, d.h. es könnte sein, dass zwar alle Prämissen wahr sind, die Konklusion aber falsch. Soziologische Arbeiten, die sich an die Empfehlung halten, keine normativen Prämissen in ihre Argumentation mit eingehen zu lassen, können also auch keine normativen Schlüsse daraus ziehen, dürfen nicht schließen, wie die Welt sein sollte, und können damit auch keine Kritik im Sinne 'Das und das ist der Fall, sollte aber nicht der Fall sein.' betreiben.

Im Folgenden werde ich in aller Kürze auf drei mögliche Einwände eingehen.

III.

Kritik ohne Sollen: Nicht alle Texte, die wir als kritisch bezeichnen, enthalten tatsächlich eine These der Form

'Dies und das ist der Fall, sollte aber nicht der Fall sein.' - Manchmal reicht schon die erste Hälfte 'Das und das ist der Fall'. Wenn eine Soziologin eine Tatsache aufdeckt und beschreibt, die offensichtlich nach der Meinung der meisten Menschen schlecht ist und so nicht sein sollte, kann sie es sich sparen noch explizit zu schreiben, dass das nicht der Fall sein sollte, wir würden wahrscheinlich trotzdem von einem kritischen Text reden. Diese Texte brechen Humes Gesetz nicht, die Reichweite meines Arguments für die Unmöglichkeit der Kritik in der Soziologie beschränkt sich also, wie eingangs schon gesagt, auf Kritik der Art 'Dies und das ist der Fall, sollte aber nicht der Fall sein'.

Kritik ohne Deduktion: Man könnte einwenden, dass in der Soziologie selten deduktiv argumentiert wird, wie das vielleicht in der Physik der Fall ist, dass dies aufgrund der Komplexität des Gegenstands oft sogar praktisch unmöglich ist. Tatsächlich findet man in soziologischen Texten selten deduktive Ketten von den Prämissen (also zum Beispiel theoretischen Voraussetzungen oder empirischen Daten) zur Konklusion. Mit dieser praktischen Schwierigkeit müssen Soziologen wohl vorerst leben. Allerdings möchte ich behaupten, dass diese, im Vergleich mit der Physik „lückenhafte“ und schwammige Argumentation bloß unter der Voraussetzung möglich ist, dass man sich vorstellen kann, dass, wenn man alle relevanten Informationen hätte und dazu noch ein Supergehirn, das sie verarbeiten könnte, eine deduktive Kette wenigstens theoretisch möglich wäre.⁵ Von einer Menge deskriptiver Prämissen auf eine normative Konklusion zu kommen, ist allerdings nicht nur praktisch schwierig, sondern prinzipiell unmöglich. Wenn in soziologischen Arbeiten eine solche normative Konklusion quasi aus dem Nichts auftaucht, kann das nicht damit entschuldigt werden, dass der Gegenstand der Soziologie komplex ist und deduktives Argumentieren praktisch unmöglich

macht.

*Kritik mit impliziten Prämissen*⁶: Man könnte einwenden: Die normativen Prämissen stehen zwar nicht explizit geschrieben, aber doch implizit vorausgesetzt. Niemand würde Eltern, die ihrem Kind erklären 'Das tut Peter weh, wenn du ihn mit dem Stock haust, also lass das!', vorwerfen, ihr Argument wäre nicht gültig, sie müssten die normative Prämisse 'Du sollst Peter nicht weh tun.' hinzufügen. Man kann doch voraussetzen, dass ihr Kind, und auch jeder andere Zuhörer, weiß, dass man niemandem wehtun soll und diese implizite Prämisse in Gedanken ergänzt. Warum sollte für Soziologen nicht dasselbe gelten? Wieso sollte man darauf bestehen, dass in wissenschaftlichen Arbeiten alle Prämissen explizit gemacht werden?

Peters klagt im Kapitel 5 seines der Rechtskritik gewidmeten Buches *Rationalität, Recht und Gesellschaft*: „Ein suggestives kultur- und sozialkritisches Vokabular ersetzt häufig ausgewiesene Kritikstandards“ (Peters 1991:162). Kritikstandards (das sind normative Prämissen) bloß zu suggerieren, führt allerdings zu einer weiteren Schwierigkeit: Diese Kritikstandards sind häufig nicht

unproblematisch. Wenn sie aber nicht expliziert, sondern bloß angedeutet werden, etwa durch eine kritische Sprache, ist man als Leser eher geneigt, sie zu übergehen, sie nicht weiter zu hinterfragen. Der Text ist vielleicht auf den ersten Blick überzeugend, bedient sich dafür aber psychologischer Tricks, die eine nüchterne Kritik des Textes erschweren.

Ein Beispiel: 'Der Kapitalismus verspricht den Individuen Freiheit, gewährt ihnen aber bloß Freiheiten, wie z.B. zwischen 1.000 verschiedenen Fernsehkanälen oder Joghurtmarken zu wählen. Der Kapitalismus ist also schlecht.' Auf den ersten Blick ist diese Argumentation durchaus (vielleicht nicht in dieser Kürze) überzeugend. Macht man allerdings die normative Prämisse 'Man sollte den Individuen aber noch andere Arten von Freiheit gewähren, diese reichen nicht aus.', so stellen sich zumindest einige Fragen: Welche Art von Freiheit wird denn da gefordert? Und was ist eigentlich schlecht an Freiheiten wie z.B. zwischen 1.000 verschiedenen Kanälen wählen zu können, hat diese Freiheit nicht auch einen Wert?

Die genannten Gründe gegen die Kritik mit impliziten Prämissen sind keine absoluten, prinzipiellen Argumente, aber vielleicht umso überzeugender: Es geht um guten wissenschaftlichen Stil. Um es mit Karl Popper zu sagen: „Jeder Intellektuelle hat eine ganz besondere Verantwortung; Er hatte das Privileg und die Gelegenheit zu studieren; dafür schuldet er es seinen Mitmenschen (oder „der Gesellschaft“), die Ergebnisse seiner Studien in der einfachsten und klarsten und verständlichsten Form darzustellen.“ (Popper 1984: 100) oder mit Weber: „Persönlich bin ich der Ansicht, daß kein Mittel der Welt zu »pedantisch« ist, um nicht zur Vermeidung von Konfusion am Platze zu sein.“ (Weber 1988: 510) Die Explikation aller Prämissen sollte demzufolge das mindeste sein.

Immanente Kritik, die Inkonsistenzen innerhalb der Ideologie des Systems oder zwischen Ideologie und Praxis aufdeckt, ist auf den ersten Blick auch immer sehr überzeugend, die implizite Prämisse die dahinter steht: 'Ein System sollte konsistent sein.' ist allerdings hochgradig problematisch.⁷ Im nächsten Abschnitt werde ich kurz einige Kritikpunkte skizzieren.

IV.

Zwei klassische Kritikpunkte sind, dass 1. konsequent inhumane Systeme mit dieser Methode nicht kritisiert werden können und 2. man Inkonsistenzen immer in zwei Richtungen auflösen kann: Ein Staat in dessen Verfassung steht, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind, in dem es aber in der Praxis große Geschlechterungleichheiten gibt, kann auch einfach seine Verfassung ändern. Damit würde es zu einem konsistenten und damit nicht mehr kritisierbaren System werden (vorausgesetzt es ist ansonsten konsistent).

Die jüngste Kritik kommt von André Kieserling: In seinem Artikel *Das soziologische Lob der Inkonsequenz: Über die Grenzen der immanenten Kritik* schreibt er: „System-Umwelt-Theorien setzen den Grad an innerer Ordnung, der für ein System adäquat ist, als variabel an. Sein Maß ist der Grad an äußerer Ordnung, den das System in seiner Umwelt voraussetzen kann“ (Kieserling 2013: N3). Das heißt: Ob es für ein System rational ist,

konsistent zu sein, hängt von der Konsistenz seiner Umwelt ab. Und da oft an Systeme ganz verschiedene, sich widersprechende Anforderungen heran getragen werden, ist es oft rational für das System, selbst inkonsistent zu sein.

Ob die normative Prämisse 'Ein System sollte (system-)rational sein.' eine gute Alternative für die Konsistenzforderung der klassischen immanenten Kritik ist, ist eine andere Frage.

Fazit

Ich persönlich glaube nicht, dass sich die Summe der Forderungen, die wir an Menschen, Institutionen, Staaten oder Systeme haben, auf ein allgemeines Prinzip wie Rationalität oder Konsistenz reduzieren lassen. Zumindest müssen wir diese Forderungen von außen an die Menschen oder Systeme herantragen und das bedeutet: Wenn sich Soziologen an die eigens auferlegte Beschränkung halten wollen, keine Forderungen von außen an ihr Objekt heranzutragen, können sie es nicht kritisieren (im eingangs definierten engeren Sinne des Wortes), sondern müssen sich darauf beschränken, es zu beschreiben.

Damit ist nicht gesagt, dass die Soziologie nicht einen wichtigen Beitrag zur Kritik leisten kann. Denn wenn wir uns an die allgemeine Form der Kritik ‚Dies und das ist der Fall, sollte aber nicht der Fall sein.‘ erinnern, die ich am Anfang dieses Textes vorgeschlagen habe, sehen wir, das Kritik als wesentlichen Bestandteil nicht nur eine normative, sondern auch eine deskriptive Aussage enthält, eine Aussage darüber, was der Fall ist. Und diese Aussage kann die Soziologie mit ihren Methoden liefern und stützen! Um es noch einmal ganz klar zu machen: Ich argumentiere nicht gegen Kritik – ich plädiere für eine konsequente Arbeitsteilung in der Kritik: Ich glaube, es wird der Beantwortung beider Fragen – 'Was ist der Fall?' und 'Was sollte der Fall sein?' – gut tun, wenn sie nicht in der selben Disziplin behandelt werden. Natürlich dürfen und sollten sich Soziologen weiter darüber Gedanken machen, was man tun sollte, bloß nicht als Soziologen!

Arne Kramer-Sunderbrink

Literatur:

- Adorno, Theodor W.: *Soziologie und empirische Forschung*, in: *Soziologische Schriften*. Berlin: Suhrkamp 1979, S. 196-216
- Hume, David: *A treatise of human nature*. Oxford: Clarendon Press 1978
- Kieserling, André: *Lob der Inkonsequenz*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (2013) Nr. 223, S. N3
- Peters, Bernhard: *Rationalität, Recht und Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1991
- Popper, Karl R.: *Gegen die großen Worte*, in: *Auf der Suche nach einer besseren Welt*. München: Piper 1984, S. 99-113
- Weber, Max: *Der Sinn der »Wertfreiheit« der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften*, in: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr 1988, S.489-540

[1] Ich gehe hier davon aus, dass ein wesentlicher Bestandteil wissenschaftlicher Arbeiten Argumente sind. Das heißt, dass einige Sätze oder Aussagen (die Prämissen) in wissenschaftlichen Texten eine oder mehrere andere Aussagen (die Konklusionen) stützen.

[2] Die Diskussion um diese Beschränkung kann hier nicht nachvollzogen werden.

[3] Adorno ist ein schwieriger Fall: Einige seiner Kommentare klingen eher danach, dass er schon die Beschränkung bestreiten wollte, dass er der Meinung war, man könnte durch die bloße Betrachtung der Tatsachen verbindliche, objektive, normative Sätze gewinnen. Ein interessanter Punkt, für den hier kein Platz ist.

[4] Kurz für „Prämisse 1“

[5] Diese These bedarf eigentlich einer ausführlichen Diskussion, die ich im Rahmen dieses Textes leider nicht leisten kann – es gibt ja sogar Theoretiker, die behaupten, sie würden ganz bewusst auf Deduktion verzichten. Wer skeptisch ist, kann ja mal versuchen, sich ein gutes Argument zu überlegen, dass nicht deduktiv gültig ist (und sich auch nicht durch Angabe impliziter Prämissen leicht gültig machen lässt).

[6] Das ist eigentlich gar keine Verteidigung gegen mein Argument mehr: Es wird ja schon zugegeben, dass normative Prämissen in die Kritik mit einfließen, also von außen an den Gegenstand herangetragen sind. Es geht also gar nicht mehr um immanente Kritik im eigentlichen Sinne. Ich bespreche den Punkt „implizite Prämissen“ hier trotzdem, weil ich denke, dass man viel daran sehen kann.

[7] Einige Theoretiker verstehen unter den Widersprüchen, die Gegenstand der immanenter Kritik sind, weniger Inkonsistenzen, als vielmehr Antagonismen verschiedener Gruppen innerhalb der Gesellschaft. Die folgende Kritik trifft dieses Verständnis von immanenter Kritik nicht direkt. Auch für diese Art von immanenter Kritik gilt allerdings: Sie muss ihre normative Prämisse („Es sollte keine Antagonismen geben.“) von außen an ihr Objekt herantragen. Sie ist in diesem Sinne nicht wirklich immanent.

Auflockermes

'Wer studiert, will nicht arbeiten'

Eine Alltagsbeobachtung zu Klassismus in Interaktionen

Gestern Abend fuhr ich mit der Stadtbahn Linie 4 von der Innenstadt aus Richtung Lohmannshof. Mir schräg gegenüber saß eine junge Mutter mit ihrem Kind. Der Junge fragte sie, warum er denn kein Handy haben dürfe, die anderen in der Schule hätten schließlich auch alle eins. Die Mutter, die es sich offenbar finanziell nicht leisten konnte oder wollte, versuchte ihn ruhig und leise darauf hinzuweisen, dass „wir nicht immer tun müssen, was die anderen tun“ und stellte auch gleich den Nutzen des Handys infrage: „Wen willst du denn damit anrufen?“ - „Na, dich!“ antwortete er und nahm dabei eine kokette Körperhaltung ein. Ein kurzes Lächeln fuhr der Mutter über das Gesicht. Darauf mischte sich die gegenüberliegende ältere Dame in das Gespräch ein. Sie wandte sich direkt an den Jungen: „Ach, ich brauche auch kein Handy. Aber ich bin ja auch schon älter. Die Jungen laufen ja alle damit rum, obwohl sie es nicht brauchen.“ Die Mutter stimmte höflich mit einer Anekdote über ihren - mitten in der Nacht, bei Regen! - liegen gebliebenen Wagen ein: „Da hat man schon ein Handy, aber immer wenn man es wirklich braucht, hat man keinen Empfang.“ Ihr Sohn sackte während der Geschichte in seinen Sitz; seine kokette Ausstrahlung war verschwunden. Die ältere Dame, mit der großen Handtasche auf dem Schoß, setzte wieder bei ihrer vorherigen Aussage an. „Die Jungen haben alle diese Handys und merken nicht einmal, dass sie süchtig sind. Die brauchen das gar nicht - wozu auch? Wir brauchen das auch nicht. Die haben das alle, aber die sind krank und merken es nicht. Das ist alles bewiesen, aber keiner macht etwas dagegen. Die sind krank und die Großen machen es vor und die Jungen wollen das dann natürlich auch!“ Die Bahn nähert sich langsam der Uni. Eine junge Frau mit Kopfhörern geht an uns vorbei, um an der nächsten Haltestelle auszusteigen. Die ältere Dame mustert sie verächtlich von oben bis unten. „Die jungen Mädels laufen alle mit diesen Handys rum und lassen sich das von Mutti bezahlen – Studenten meistens. Die kriegen ein Handy, damit sie zu Hause anrufen und dann haben 'se ein Handy. Die wollen nicht arbeiten, deshalb

gehen die studieren. Na ja, auch nicht alle. Aber wenn 'se nicht arbeiten wollen, dann gehen 'se studieren – und wer bezahlt's? Die Mutti!“ Sie wendet sich wieder dem Jungen zu: „Wenn 'de ein Handy haben willst, musst du eine Lehre machen, dann kannst 'de dir das leisten“, und zur Mutter: „Wir sind jetzt hier auch eine Gen-Uni.¹ Hier in Bielefeld. Irgendwo in Kalifornien gibt es sowas und dann jetzt hier – ausgerechnet. Da fragt man sich auch, wozu?! Die haben hinten in dem Gebäude noch Platz gehabt, deshalb haben wir da jetzt auch eine Gen-Uni.“ Die Mutter fragt bewundernd nach: „Ja, haben Sie da etwas drüber gelesen?“ „Ja, eine Gen-Uni. Genauso wie das neue Gebäude – das alte und das neue. Da ist ihnen das Geld ausgegangen. Da sieht man nichts mehr: keine Arbeiter, kein... Da wird nichts mehr gemacht bis wieder Geld da ist, nächstes Jahr. Irgendjemand muss das Ganze ja auch bezahlen. Haben 'se hier erst groß angekündigt und dann passiert das.“

Der Junge hängt ruhiggestellt in seiner Sitzecke und verfolgt mit den Augen das Gespräch zwischen seiner Mutter und der älteren Dame. Der Raum zwischen den gegenüberliegenden Sitzreihen füllt sich immer mehr mit aussteigenden Fahrgästen. „Die Jungen sind alle krank und deren Eltern finanzieren denen das auch noch und dann gehen 'se studieren, anstatt eine Lehre zu machen, kriegen das alles bezahlt von ihren Eltern und dann können 'se faul sein, anstatt zu arbeiten.“ Dabei wird die Alte immer lauter, als ob sie wollte, dass auch die vielen Studierenden um sie herum hören, was sie zu sagen hat.

aj

[1] Gemeint ist ein Genom-Server, von dem WissenschaftlerInnen das menschliche Erbgut abrufen können. Bisher wurde ein solcher ausschließlich von der University of California betrieben. Seit Juni 2013 ist in Bielefeld das europäische Pendant aufgestellt, das der Entlastung des US-Servers dienen soll. Siehe für weitere Infos uni.aktuell: http://ekvv.uni-bielefeld.de/blog/uniaktuell/entry/universit%C3%A4t_bielefeld_wird_europas_knotenpunkt

Leseempfehlung

SYSTEMKRITIK.

Ein Teaser zu dem Sammelband „Kritische Systemtheorie“

Amstutz, Marc & Andreas Fischer-Lescano (Hrsg.) 2013: Kritische Systemtheorie. Zur Evolution einer normativen Theorie. Bielefeld: transcript. ISBN 978-3-8376-2412-0.

In Bezug auf eine gesellschaftspolitische Relevanz seiner theoretischen Arbeit stellen manche Aussagen Niklas Luhmanns den und die systemtheoretisch informierte Leser_in vor Rätsel. Der ehemalige Verwaltungsbeamte sei doch, so die über Innen- und Außengrenzen der Soziologie hinweg verbreitete Meinung, wenig an einem kritisch-emanzipatorischen Potenzial der von ihm geprägten Systemtheorie interessiert gewesen. Überraschend sind dann Aussagen Luhmanns wie diese in einem Interview mit Kai-Uwe Hellmann:

„[V]ieles beruht immer noch auf der Vorstellung, ich sei irgendwie in bezug [sic!] auf die Gesellschaft zu affirmativ oder zu konservativ eingestellt [...]. Mir war seit jeher klar gewesen, daß eine begrifflich durchkonstruierte Gesellschaftstheorie viel radikaler und viel selbstbeunruhigender wirken würde, als sich punktuelle Kritiken, Kapitalismuskritiken zum Beispiel, je vorstellen können.“¹

Marc Amstutz und Andreas Fischer-Lescano weisen in der Einleitung des hier vorgestellten Sammelbandes Begründungen einer Kritikunfähigkeit der Systemtheorie mit Bezug auf die Person Luhmann gleich umfassend zurück. Sie plädieren für eine wachsame Prüfung der Anschlussmöglichkeiten an andere sozialwissenschaftliche, dem Anspruch nach kritische Ansätze, wie die Kritische Theorie der Frankfurter Schule oder Teile des französischen Poststrukturalismus:

„Die Frage, ob die Theorie selbstreferentieller Sozialsysteme nicht doch Anschlussmöglichkeiten bietet, die das Anliegen kritischer Theorien weiterführen, die Verselbstständigung und Verding-

lichung sozialer Verhältnisse zu verstehen und zu überwinden, lässt sich nicht unter Verweis auf die mögliche Motivlage des wichtigsten Denkers der modernen Systemtheorie unterbinden.“ (S. 8)

Die Herausgeber fragen, wie eine „systemtheoretisch informierte, immanente Gesellschaftskritik möglich“ (S. 9) sei. Die hierfür relevante Stärke der Systemtheorie liege in der „präzisen Deskription gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse“ (S. 9) und der „Visibilisierung des Invisibilisierten“. (S. 9) „Eine gesellschaftliche Kritik ist heute nicht mehr aus einer Gesamtperspektive, sondern nur noch als ‚interne externe Beobachtung‘ [Luhmann] der sozialen Funktionssysteme (Wirtschaft, Politik, Recht usw.) zu haben“, (S. 8) so die Ausgangsstellung des siebzehn Beiträge umfassenden Bandes und die gleichzeitige Frontstellung gegen ökonomistisch argumentierende Gesellschaftstheorien. Hier ist dann auch nicht die Frage zentral, ob eine Sozialtheorie immanent und *an sich* kritisch sei(n muss oder kann). Die Herausgeber wollen vielmehr die Analysestärke der soziologischen Systemtheorie für eine fundierte Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse nutzen und die (kritische) Potenz soziologischer Beschreibungs- und Erklärungsmöglichkeiten von der Motivlage der Theoriearchitekt_innen lösen.

Fischer-Lescanos Aufsatz ‚Systemtheorie als kritische Gesellschaftstheorie‘ deutet auf mögliche Anknüpfungspunkte systemtheoretischer (Grund-)Annahmen und kritischer Theorie(n) hin. Hierbei führt er Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen den Luhmann’schen Denken und Arbeiten etwa von Theodor W. Adorno oder Karl Marx an. Gemeinsam – so eine Art des Einstiegs – gingen die Gesellschaftstheoretiker davon aus, dass eine exklusive, soziale Realität bestehe, die nicht nur die Summe der Individuen sei. Nur sei die Systemtheorie

geeigneter, die Gesellschaft in ihrer polykontexturalen Komplexität zu erfassen und nicht auf einen strukturdeterministischen Primat der Ökonomie zurückzufallen. Genau hier sollte dann aber nicht innegehalten und sich an der begrifflich konsistenten Beschreibung gesellschaftlicher Phänomene ergötzt werden. Denn, so Fischer-Lescano,

„[d]ie Systemtheorie der Weltgesellschaft artikuliert sich als kritische Theorie sozialer Systeme, wenn sie über eine bloß deskriptive Beschreibung der Strukturprobleme hinausgeht und die Gesellschaftsstrukturen einer Kritik unterzieht, die für postmaterialistische Theorien aktuellen Zuschnitts in vielfältiger Form produktiv anschlussfähig ist.“ (S. 14)

Ob dieser Ansatz erhellend wirken kann und ob der formulierte Anspruch in den hauptsächlich von Rechtswissenschaftler_innen und Soziolog_innen verfassten Beiträgen erfüllt wird, überlasse ich dem und der kritischen Leser_in. Die weitere Lektüre (im Seminar?) und eventuelle Anschlussstudien müssten dann allerdings zeigen, ob eine ‚Kritische Systemtheorie‘ plausibel weiterentwickelt werden kann. Einen ambitionierten Fixpunkt haben die Herausgeber schon formuliert: „Ziel ist die gesellschaftliche Emanzipation, die Demystifizierung von eingerichteten und ausgeübten Hegemoniebetrieben in allen Ecken der polykontexturalen Gesellschaft“. (S. 10) Wie Luhmann und seine Generation von Systemtheoretiker_innen dazu gestanden hätten, ist für eine ‚Kritische Systemtheorie‘ dann vielleicht nicht die dringendste Frage.

Paul Buckermann

[1] Das Interview ist erneut veröffentlicht in Luhmann, Niklas 1995: *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*. Hrsg. und eingeleitet von Kai-Uwe Hellmann. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 175-200.

Spielempfehlung

DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION FÜR DIE GANZE FAMILIE

Klassenkampf

Brettspiel | ab 14 Jahren | 2-6 Spieler_innen

Nicht ganz antikapitalistisch kostet das Spiel bei amazon.de heute bis zu 119,95€.

Auf Sommerfreizeiten eines mir bekannten Jugendträgers war es Kindern vor einigen Jahren verboten, 'Monopoly' zu spielen. Schließlich ist es der Inbegriff der kapitalistischen Logik und verniedlicht diese auch noch. Hätte ich es damals schon gewusst, ich hätte laut „Klassenkampf!“ in die Runde gerufen und damit nicht die Revolution gegen die Bourgeoisie gemeint, sondern das gleichnamige Brettspiel. Die sozialistische Alternative zu 'Monopoly', welche es seit 1980 auch in Deutschland gibt. Es wurde in

Deutschland, ausgehend von dem US-amerikanischen Vorbild 'Class struggle', bei der 'Klassenkampf-Verlags-Gesellschaft' (bürgerlichen (!) Rechts) verlegt.

Ähnlich wie bei 'Monopoly' würfeln sich die Mitspieler_innen (2-6) über die Felder. Allerdings geht es nicht im Kreis (denn Geschichte wiederholt sich nicht), sondern startet streng historisch im 19. Jahrhundert auf dem Feld 2: 'Beseitigung feudaler Bedingungen' und endet – wenn auf Feld 81 nicht der Atomkrieg ausbricht – auf Feld 84 entweder mit der 'Diktatur des Kapitals' oder einer 'Solidarischen Gesellschaft'.

Das Spiel hat den expliziten Anspruch, politisch zu bilden, und ist unter anderem für den Einsatz im

Klassenzimmer gedacht. Und tatsächlich, auch in einer Runde Studierender werden die Themen des Spiels kontrovers diskutiert. So entbrannten beim Spielen zum Beispiel Diskussionen über historische Ereignisse oder darüber, wie nun eigentlich Termingeschäfte funktionieren. Pädagogisch wertvoll werden die mal revolutionären, mal reaktionären Ereignisse auf den Spielfeldern in der Anleitung kurz erklärt. Die über das Spielfeld verstreuten Ereignisfelder geben dem Spiel noch zusätzlich Schwung und füllen es mit Leben und dem richtigen Klassenbewusstsein: „Dein Boss ist gestorben, aber der neue verhält sich nicht anders als der alte. Du verstehst allmählich, dass das Problem nicht ein schlechter Boss, sondern das System der 'Bosse' ist: Noch einmal würfeln“



Lukas Daubner / sozusagen

oder „Dein Sohn findet keine Anstellung als Lokführer, weil er als Lehrling Mitglied einer radikalsozialistischen Gruppe war. Er klagt und verliert. Nun sind die anderen dran: An Deiner Stelle würfelt das nächste Mal das KAPITAL oder einer seiner Verbündeten.“¹

Wie aus dem letzten Beispiel schon ersichtlich ist, ist das Spiel insgesamt so strukturiert, dass es zwei Großklassen gibt (wenig überraschend 'Arbeit' und 'Kapital'), aber auch – der historischen Realität geschuldet – weitere Klassen existieren: Die 'Intelligenz', die 'Bauern' und die 'neue' und 'alte' Mittelklasse. Jeder Spieler, jede Spielerin erwürfelt sich zu Beginn des Spieles mit Hilfe des 'genetischen Würfels' eine Klasse (denn es kann sich niemand aussuchen, in welche Familie er oder sie hineingeboren wird). Die Klassen können sich dann über das Spiel hinweg in Kapital- oder Arbeitsbündnisse zusammenschließen. Das Ziel des Spieles ist es, am Ende eine möglichst positive Bilanz zwischen Bonus- und Malus-Scheinen zu erreichen. Das Bündnisschließen ist

relativ kompliziert und es ist ratsam, die Anleitung in diesem Punkt sehr genau zu studieren. Sowieso, die gesamte Komplexität des Spiels erschließt sich erst nach mehrmaligem Spielen. Aber dann macht insbesondere das Paktieren mit den verschiedenen Klassen Spaß. Die Spieler_innen müssen miteinander aushandeln, mit wem sie ein Bündnis eingehen oder welches sie aufbrechen. Bei der Überzeugungsarbeit bzw. bei den Ablöseverhandlungen kann es schon mal hitzig hergehen: „Hast du schon jemals einen historischen Moment erlebt, in dem die 'Intelligenz' keine Scheiße gemacht hat?“ usw.

Wie es sich für ein Spiel, das Klassenkampf heißt, gehört, ist es schön tendenziös. Ereignisse werden in recht einseitiger Darstellung präsentiert und dienen wohl vor allem dazu, das Klassenbewusstsein der Mitspieler_innen zu stärken („Das Kapital freut sich: Faschismus und Weltkrieg brechen aus“). Leider werden die Ereignisse unpräziser, je näher sich der Spielverlauf der Gegenwart nähert. Das ist für den Spielverlauf aber

nicht besonders schlimm. Wichtiger ist es hingegen, einen Spielleiter oder eine Spielleiterin zu wählen, der oder die agitationsfähig ist. Liest die Person dann die Ereignisse vor, macht das Spiel gleich doppelt Spaß.

Das Spiel funktioniert von der Gesamtkonzeption her gut und ist selten langweilig. Auch die Spieldauer von 2 bis 3 Stunden ist nicht unangenehm. Allerdings wäre es eine sinnvolle Verbesserung, mehr Ereignisfelder auf dem Spielfeld zu verteilen. Außerdem hätten einige Punkte im Regelwerk deutlicher erläutert werden können, so könnte man sich beim Spielen langwierige Auslegungsdiskussionen ersparen.

Lukas Daubner

[1] Außerdem: „Als Patriot liebst Du Dein Land und alles, was es ausmacht – ausgenommen Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Gastarbeiter, Juden, Hippies und Jusos. Du entscheidest, das Bündnis mit Deinem wertvollsten Verbündeten zu brechen, weil Du entdeckst, dass dessen führender Vertreter zu einer dieser Gruppen gehört.“

Autopoietisches

GEFECHTE IN VECHTA

von Malte Diercks

Fünfhundert schwarz bekleidete junge Menschen, Punks auch, ziehen am 1. Mai durch eine kleine, beschauliche, niedersächsische Stadt. Ohne Ankündigung. Es hat sich zufällig so ergeben, aber der Anlass, so hat sich schnell herausgestellt, ist nun wichtig geworden, Informationen sind unsicher, alles Gerüchte, un schlüssig ziehen sie jetzt vorbei an gut gepflegten, zurechtgestutzten, geformten Vorgärten. Sie sind ein Mob und sie wissen nicht wohin und was sie hier machen, die vereinzelt Rufe, gegen Staat und Kapital, gegen Faschos und Antisemiten, klingen verloren und verstummen schnell. Was kann getan werden, was ist richtig und wichtig? Menschen schauen aus dem Fenster, so etwas haben sie noch nicht gesehen. Sie verstehen auch nicht was hier vor sich geht, hier in diesem kleinen Nest, niedersächsische Provinz, wirkliche Provinz; die Sonne scheint, die Vöglein zwitschern an diesem 1. Mai, der Pfarrer und der Gartenzwerg segnen diesen Flecken Erde, die Kinder rutschen allein in der Plastikrutsche, die im Garten steht, die Sonne scheint, ein leichter Wind. Bäume spenden Schatten, das Schattenspiel der Blätter wirft eine Maserung auf den Asphalt der Straße. Alles ist ruhig, dann kommt diese schwarze Horde und Polizei, gepanzert, gewappnet, bereit zum Kampf, bereit für Tränengas und den ‚konsequenten Einsatz des Schlagstockes‘, alles ist bereit zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates. Aber diese mittägliche Stille ist lauter als der Polizeihubschrauber am Himmel und die vereinzelt Rufe und Chöre, die Maisonette intensiver, und das Grün grüner, Eskalation macht sich nur zwischen den Amseln breit, kein hupendes Auto, obwohl sie warten müssen, für eine Weile, bis auch der letzte Demonstrant die Kreuzung überquert hat. Die Polizeiautos schalten das Blaulicht aus. Einige treten hinaus aus ihren vier Wänden, schütteln mit verkniffener Miene den Kopf, andere sind verwundert amüsiert, die meisten einfach wortlos und starr. Wahrscheinlich haben sie auch Angst. Eine beschauliche Vorstadtsiedlung, es wäre möglich, dass die Menschen hier seit Generationen ihr rechtes Gedankengut hegen und pflegen und zu gegebener Zeit an den ältesten Sohn... ja, wer weiß das jetzt genau. Also wohin? Einfach zurück zum Bahnhof, es war sinnlos, wirklich sinnlos. Pflichtbewusst hetzen die Einsatzkräfte um die Schar der Staatsfeinde herum, den Autonomen, Helm auf, Helm ab, die Hand an den Stock, wer weiß, was gleich passiert. Alles wird anders und alles bleibt gleich, niemand weiß, was wird, und keiner versteht, was war. Der Bahnhof kommt in Sichtweite, also zurück in den Zug, dann endlich, darf auch mal zugeschlagen werden. Während der Polizist vor mir gerade einen Anruf auf sein Privathandy bekommt, 'es ist gerade ganz schlecht', stößt er hervor, ganz schlecht, ja, denke ich mir, ganz schlecht. ■

DER LIEBEVOLLE UMGANG MIT DEM KLASSENKAMPF

von Ivan Logunov

Der Klassenkampf also. Als Student der Soziologie sollte man sozusagen sofort an Trier denken, an Marx, an das Kapital, an Neomarxisten, an Paris und Bourdieu. Viel Trubel um Produktionsmittel, Kapitalsorten und Revolutionen. Meinesgleichen denkt an etwas völlig anderes. Zugegeben nicht völlig, aber anders. Ich denke an die Liebe. Wie geht es dir dabei? Verbirgt sich im Klassenkampf nicht auch eine Liebestheorie? Wir gehen einige Wochen zurück, um das zu verstehen. Ein Kommilitone und ich schreiben eine gemeinsame Hausarbeit. Wir müssen uns beeilen, denn diese ist noch vom letzten Semester. Der Prüfer ist 75 und könnte jeden Augenblick in eine schwarze Limousine steigen und das Thema, die Liebe, lässt kaum Zeit, um diese auch noch zu vollziehen. Bourdieu und die Liebe oder besser die Frauengeschmäcker der Klassen. Ob nun Kampf, Krieg oder Liebe, alles das Gleiche, schrieb mein Kollege in der Arbeit unverfroren so vor sich hin.

Mein Freund, Mitarbeiter und mittlerweile „mein Bruder“ (eine Hausarbeit über Liebe lässt die beiden Studenten zusammenwachsen) und der Autor dieses Artikels gehen vom gemeinsamen Einkauf im Aldi in die Schreibwerkstatt, sein Zuhause. Da fängt er an mir, dem Autor dieses Artikels, etwas zu erzählen: „Es kann heutzutage keine Revolution mehr geben, weil alle Unterschichten in Subkulturen zersplittert sind. Es gibt keinen gemeinsamen Nenner, um sich zu mobilisieren!“ Und ab da fängt (für mich) die Liebe an. Ein Geistesblitz zerschlägt alle Vorurteile über die ganzen Subkulturen und ein warmes Gefühl von Freude fängt an, den Autor dieses Artikels zu umgeben. Zwischen Hiphop, Punk, Elektro und ihren Subgenres gibt es doch gar keinen Unterschied! Ich sollte mich betrinken und torkelnd über den Betontepich ins Movie hereinspazieren und die Liebe suchen. Du, mein aufmerksamer Leser, solltest dies auch tun. Auch wenn die Besucher des Movie nicht meine Vorliebe für Hiphop teilen, so teilen wir doch die Liebe für Youtube-Videos mit möglichst wenigen Klicks und sehr schlecht aufgenommenen Vokalspuren. Ich liebe die Subkulturen. Ich könnte die Welt umarmen, die Welt der Subkulturen. Die legitime Klassik wird nicht umarmt, sie wird bekämpft. Und trotzdem wird mein Auslandsaufenthalt in der Mozartstadt Salzburg sein, ich trete blöderweise in ein Fettnäpfchen.

Nun zurück zum Thema des liebevollen Klassenkampfes. Mein Lieblingsmusiker hat sich getäuscht als er in einem Liebeslied behauptet hat, dass von einem Jackpot gesprochen werden kann, wenn das Mädchen vom selben Bahnsteig steigt, genauso wie er, Hiphop-Fan ist. Nein, sie kann auch die Musik hören, die im Movie gespielt wird und das wäre immer noch ein Jackpot für ihn. Bisher war ich nach Beendigung der besagten Hausarbeit noch nicht im Movie und dieser Text war bis vor einigen Tagen sehr empiriefremd. Eines Abends war es soweit und diese Theorie trat ihre Pilotphase an. An dieser Stelle spule ich vor. Sie und ich und ich und Sie sitzen auf einer Couch. Die Türen sind zwar nicht abgeschlossen, doch zumindest ausreichend geschlossen und nach einer Weile Spaß zwischen einer grünen Flasche Beck's und ihren Lippen spielt sie ein Musikstück auf dem Laptop der Gastgeberin. Es klingt für mich wie eine Mischung aus 1995er Techno und 2008er Metal auf 160 beats per minute. Ein Gedanke von zu zweit gegen die Welt oder doch zumindest zu zweit gegen die klassische Musik durchdringt wie eine spitze Nadel die Synapsen des Autors. Eine unglaubliche Frau. Lass uns kämpfen!

Die da oben sind schlimm! Diejenigen, die Klavier spielen, hören und sich zu teuren Wein auf der Zunge zergehen lassen! Wahrscheinlich kann man klassische Musik erst durch den Wein verstehen. In vino veritas. Selbst Obelix hätte über diesen Zaubertrank gestaunt, der einen dazu befähigt, die Klänge von Mozarts Klavierkonzerten zu verstehen. Ein wahres Wundermittel, das wir, du und ich, nicht besitzen und auch nicht besitzen können. Es ist Krieg, Krieg um der Liebe willen. Punks, Ghettokids, Rocker, Hiphopper, Technofans mit diesen symmetrischen Löchern in der Kleidung, Max Herre-Hörer, in Reggae-Verliebte usw. vereint euch und brecht die Weinflaschen der Unterdrückung an den Klavieren, die euch versklaven! Aber tut dies tugendhaft, denn wir alle haben unsere Not, klassische Musik nicht verstehen zu können, zur Tugend erhoben und unsere Subkulturen gebildet.

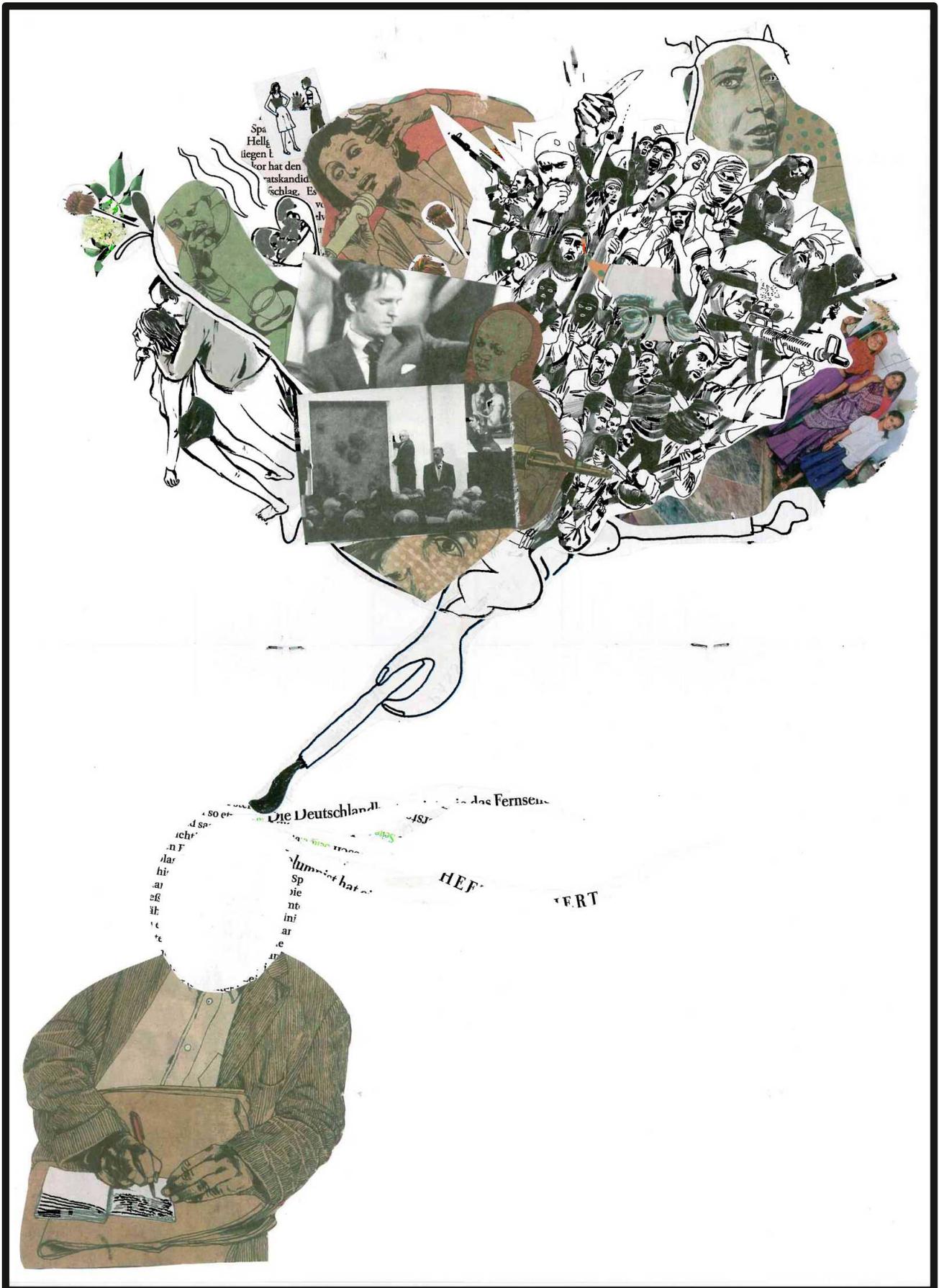
Wahrscheinlich bin ich nicht der Erste, der auf so eine Idee kommt. Auch nicht der Zweite oder Fünfhundertzweiundzwanzigste. Wie profan. Das zugrundeliegende Problem liegt an den schwächlichen Bindungen. Wir Männer sind Arschlöcher. Ja. Deswegen scheitern zu allem Entsetzen die ganzen Revolutionen, denn wir kommen nicht mal auf Dauer auf den gleichen Nenner mit der Frauenwelt. Nur vorübergehend, wie Schaufensterbummler. Eine Revolution muss doch länger als ein paar Monate dauern, offiziell und feierlich in der Kirche abgesegnet werden und Früchte in Form von Kindern tragen. Sehr wahrscheinlich hatte mein werter Kollege („Mein Bruder“), der sogar vor mir mit seinem Teil für die Hausarbeit fertig wurde, nur teilweise Recht. Die Subkulturen sind nicht zersplittert, sondern ihnen fehlt das richtige Klebemittel, das sie für längere Zeit zusammenhält. Man löst nun mal nicht alle Probleme mit Gaffer und Schweizer.

Nun lieber Leser, wie enden unsere vorzüglichen Sternstunden der Bedeutungslosigkeit? Schreckliche Individualisierung, noch schrecklichere, individualisierte Subkulturen, gute Weine, grausame Klassenkämpfe, schöne Damen und der liebevolle Notwendigkeitsgeschmack, dem das Legitime zuwider ist. Das alles, ohne auf das Wort Produktionsmittel des sehr bärtigen alten Mannes einzugehen. Jeder Soziologiestudent müsste mich dafür lieben. ■

Autopoietisches

PAPIERKRIEGER

von Tabea Koepp



MARXISMUS? – POSTMARXISMUS!

Antiquiertheit und Aktualität eines gesellschaftskritischen Paradigmas

Ein Gastbeitrag von Oliver Flügel-Martinsen

War der Marxismus bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein eine sozialtheoretische Avantgarde-Strömung mit enormer intellektueller Sogwirkung, so ließ sich in den letzten Dekaden beobachten, dass marxistische Diskurse in akademische Randbezirke, ja zuweilen in esoterisch zu nennende Zirkel abgewandert sind, um dort ein schattenhaftes Dasein zu fristen. Öffentlich einflussreiche Philosophen wie etwa Jacques Rancière, einstmals selbst Schüler des französischen Marxisten Louis Althusser und, bereits als Student, Mitautor der französischen Ausgabe des berühmten mehrbändigen Werkes *Lire le capital*¹, das in den 1960er Jahren unter Federführung Althussters die Speerspitze marxistischer Theoriebildung darstellte, ordnen Marx heute schlicht als einen Denker neben anderen in die Ideengeschichte ein. Marx scheint demnach seine zentrale Stellung, seine Orientierungsfunktion, gründlich eingebüßt zu haben.

Andererseits ist Marx seit dem Ende der Nuller-Jahre und der seitdem anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise scheinbar wieder in aller Munde. Zumeist beschränkt sich das freilich auf pauschale und wenig erläuterte Einschätzungen der Form „Marx hatte doch recht“ – und als Beleg dieses Rechtbehaltens reicht dann der ebenso vage Hinweis darauf, dass wir offensichtlich irgendwie mit einer kapitalistischen Krise konfrontiert sind, zu deren Auflösung im Medium kapitalistischen Wirtschaftens keine Mittel bereit gestellt werden können. Folgt man hingegen historischen Einordnungen, wie etwa derjenigen Benjamin Spencers, der jüngst die seit Jahrzehnten erste umfangreiche (und übrigens ausgesprochen lesenswerte) Marx-Biographie vorgelegt hat², dann ist Marx jedoch sehr viel stärker vor dem Denkhintergrund des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts zu verstehen und entsprechend weit davon entfernt, ein visionärer Analytiker und Kritiker von Entwicklungen des 20. oder gar des 21. Jahrhunderts zu sein. Wie also steht es nun gegenwärtig um die analytische und kritische Erklärungskraft marxischen Denkens?

In dieser Breite gestellt, lässt sich die Frage in der hier gebotenen Kürze natürlich nicht angemessen untersuchen. Deshalb werde ich einen anderen Weg beschreiben. Ich möchte lediglich ein wenig der Frage nachgehen, welche Rolle marxistische Argumentationsfiguren in gegenwärtigen fruchtbaren gesellschaftskritischen Ansätzen spielen, welche Veränderungen gegenüber dem – übrigens immer schon vielgesichtigen – marxischen Programm dabei vorgenommen werden und schließlich, wie sich zeitgenössische Phänomene aus einer solchen Sicht darstellen. Dabei mache ich eine Annahme, die hier zwar nicht ausführlich begründet werden kann, die mir aber weitgehend unstrittig zu sein scheint: Die sogenannte or-

thodox-marxistische These, dass die gesellschaftliche Basis den kulturellen Überbau, dass also das Sein das Bewusstsein bestimmt, halte ich für wenig plausibel, was keineswegs heißt, dass ökonomische Phänomene keine Rolle spielen. Aber auch in der deflationierten Fassung einer ökonomischen Determination in letzter Instanz, wie sie Althusser zur Rettung dieser historisch-materialistischen Intuition vorgeschlagen hat³, sind die Sein-Bewusstsein- und die Basis-Überbau-These kaum mehr zu halten. (Marx verwendet diese fragwürdigen Begriffe – Basis und Überbau, Sein und Bewusstsein – übrigens selbst und zwar in dem holzschnittartigen Vorwort zu seiner *Kritik der Politischen Ökonomie* aus dem Januar 1859.⁴) Diese sogenannte materialistische, ökonomische Gesellschaftstheorie hat spätestens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zuge des *cultural turn* der Gesellschaftstheorie insgesamt und damit auch der kritischen Theorie weitgehend an Boden verloren. In den Gegenwartsdiskursen wird jenen Dimensionen kultureller Sinnordnungen, die der orthodoxen Marxismus pauschal unter der Kategorie des Überbaus fasste, eine ungleich größere Aufmerksamkeit zuteil. Das trifft auch für die postmarxistischen Diskurse zu, die mir für die Frage nach der Aktualität marxischer Kritik- und Analyseinstrumente einen spannenden Ansatzpunkt zu bieten scheinen. Als postmarxistisch lassen sich solche Positionen verstehen, die einerseits eine linke Gesellschaftskritik aus dem orthodox-marxistischen Würgegriff befreien wollen, andererseits aber keineswegs alle Verbindungen zum marxischen Diskurs unterbrechen möchten. Postmarxismus geht, wie die Namenswahl zeigt, unzweifelhaft über Marx hinaus – aber *Postmarxismus* lässt Marxens Namen und die intellektuelle Bewegung, die sich an ihn anschloss, noch lesbar bleiben. Ein Klassiker postmarxistischen Denkens ist das 1985 erschienene Buch *Hegemony and Socialist Strategy* von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, in dem es, wie es der vom englischen Original abweichende deutsche Untertitel wohl nicht unrichtig behauptet, um eine Dekonstruktion des Marxismus gehen soll.⁵ Was Laclau und Mouffe dort dekonstruieren, sind die marxistisch-ökonomischen Verkürzungen, die oben kurz genannt wurden. Was demnach sehr viel stärker in den Fokus der Gesellschaftskritik gerückt werden soll, ist die Sphäre der sozialen Semantiken, jene Diskurse, die soziale Sinnordnungen strukturieren. Damit schließen Laclau und Mouffe an Autoren wie Foucault und Derrida an, die zeitweise als extreme Gegenpole zu marxistischen Argumentationen verstanden wurden. (Foucault hat diese Frontstellung übrigens durch einige Formulierungen, bspw. die aus *Die Ordnung der Dinge*, dass Marx außerhalb des Denkens des 19. Jahrhunderts zu atmen aufhöre wie ein Fisch ohne Wasser, selbst mit aufgebaut.⁶)

Sie können sich aber bei diesem Versuch auch auf einen wichtigen marxistischen Denker stützen: Auf Antonio Gramsci und dessen These von der Bedeutung der Hegemonie in gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen und Herrschaftsverhältnissen. Gramsci hat in seinen erst posthum berühmt gewordenen Gefängnisheften einen Ideologiebegriff entwickelt, in dem unter Ideologie nicht einfach ein Reflex auf ökonomische Bedingungen verstanden wird, sondern der ideologische Diskurs im Lichte von Kämpfen um gesellschaftliche Deutungshegemonie interpretiert. Kombiniert mit den befragenden Denkbahnen wie sie Foucaults Genealogie oder Derridas Dekonstruktion anbieten, gewinnt die postmarxistische Gesellschaftskritik damit andere Konturen: Sie ist nicht länger, wie der orthodoxe Marxismus und seine Derivate, eine geschichtsphilosophisch abgestützte Ökonomieanalyse, sondern wird zu einer Praxis der Analyse und Infragestellung herrschender Deutungsmuster. Derrida hat zur Überraschung vieler dazu Anfang der 1990er Jahre, zu einem Zeitpunkt also als Marx als toter Hund erschien, selbst einen Beitrag in Form des Buches *Spectres de Marx (Marx' Gespenster)*⁷ geliefert, in dem er einen dekonstruktiven Postmarxismus, gewissermaßen *avant la lettre*, schon bei Marx selbst ausmacht. Derrida zufolge hat Marx die erste Gesellschaftstheorie vorgelegt, die zur steten kritischen Revision ihrer eigenen Kategorien explizit aufruft und sich so eine Dekonstruktion von vornherein einschreibt. Anschluss findet die herrschaftskritische Befragung sozial vorherrschender Deutungsmuster übrigens bei Marx selbst im Fetischkapitel des ersten Kapitalbandes.⁸ Dessen These lässt sich vor dem Hintergrund späterer postmarxistischer Diskurse so verstehen, dass bestimmte soziale Hervorbringungen, im Fetischkapitel die Ware und die „Gesetze“ ihrer Produktion, gleich Fetischen den Charakter des von Menschen Gefertigten abstreifen und uns als ein Unverfügbares gegenüberreten. Von der Warte bestimmter postmarxistischer Argumentationen aus lässt sich das als ein sehr erfolgreicher Hegemonialdiskurs lesen, der ökonomische Marktmechanismen weitgehend unangreifbar werden lässt.

So weit, so gut. Der Postmarxismus hält demnach am gesellschaftskritischen Impetus des Marxismus fest und durchleuchtet soziale Konfliktkonstellationen; anders als der Marxismus stützt er sich dabei aber nicht auf eine „wissenschaftlich-sozialistische“ Geschichts- und Wirtschaftstheorie, sondern rückt die kritische Befragung hegemonialer Deutungsdiskurse ins Zentrum der Analyse. Was heißt das aber mit Blick auf empirische Phänomene? Wie stellt sich bspw. die Finanz- und Wirtschaftskrise im Europa unserer Tage aus einer solchen Sicht dar? Das wäre zwar ein Thema für eine ausführlichere Untersuchung, aber es lassen sich zumindest einige Grundlinien andeuten: Augenfällig ist aus der Perspektive einer postmarxistischen Diskursanalyse zunächst der durchschlagende Erfolg hegemonialer Deutungsmuster. Der Diskurs der ökonomischen Notwendigkeiten und ihrer Erfordernisse, den etwa Rancière bereits deutlich vor der jetzigen Krise kritisch in den Blick genommen hat⁹, rahmt unverändert politische Erklärungen wie Maßnahmen. Situationen stellen sich deshalb alternativlos dar: Wo öffentliche Defizite auftauchen, müssen öffentliche Ausgaben weiter eingeschränkt werden, wie im Falle Griechenlands – woran selbst dann festgehalten wird, wenn sogar der IWF es

schon als Fehler bezeichnet hat (Süddeutsche Zeitung vom 06.06.2013); Bankendefizite hingegen müssen öffentlich gegenfinanziert werden, wobei die marktliberale Mär vom effizienten Umgang ökonomischer Akteure mit Finanzmitteln auch nach dem Aufweis des Gegenteils wirkmächtig bleibt, weswegen das Geld ausgezahlt, seine privatwirtschaftliche Verwendung aber kaum nennenswert kontrolliert wird; generell behalten die ökonomischen Selbstdeutungen im Deutungsdiskurs selbstverständlich die Oberhand gegenüber möglichen politischen oder zivilgesellschaftlichen Forderungen nach Handlungsalternativen. Die mittlerweile schon uralte, nämlich bereits in Hegels Analytik der bürgerlichen Gesellschaft aus dem Jahre 1821 auftauchende Binsenweisheit, dass sich Märkte nicht horizontal selbst zu integrieren vermögen und dass sie, wie Hegel es fasst, Ausschweifung und Elend zugleich hervorbringen¹⁰, führt auch angesichts harscher sozialer Verwerfungen in den Ländern des europäischen Südens keineswegs dazu, dass sakrosankte private Großkapitalmittel auf den Prüfstand gesetzt werden – sie bleiben so unantastbar und so gleichsam selbstverständlich privates Eigentum, wie es liberale Theorien von John Locke im 17. bis Robert Nozick im 20. Jahrhundert dekretiert haben. Diese und ähnliche Diskurskonstellationen kritisch in den Blick zu nehmen, machen sich postmarxistische Ansätze zur Aufgabe. An dieser kritischen Funktion der Gesellschaftsanalyse festzuhalten, ist dabei das Erbe Marxens, mögen auch zahlreiche seiner Analyseinstrumente uns heute zu recht sehr angestaubt erscheinen. Nichts aber hindert die Theoriebemühungen der Gegenwart daran, den kritischen Impetus mit anderen, doppelt reflexiven, nämlich zugleich kritischen und selbstkritischen Denkmitteln fortzuschreiben. ■

[1] Althusser et al., *Lire le capital*, Paris 1996. Die ursprüngliche Fassung erschien 1965 bei Maspero. Vgl. für die deutsche Fassung: Althusser/Balibar, *Das Kapital lesen*, 2 Bde., Reinbek 1984. In der deutschen Fassung ist Rancière übrigens nicht vertreten.

[2] Sperber, *Karl Marx*, München 2013.

[3] Vgl. Althusser, *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg/Berlin 1977, 113-115.

[4] Vgl. Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW 13, Berlin (Ost) 1974, 8-9.

[5] Laclau/Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London 1985 (dt. *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien 2012).

[6] Vgl. Foucault, *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt/M. 1971, 320.

[7] Derrida, *Spectres de Marx*, Paris 1993 (dt. *Marx' Gespenster*, Frankfurt/M. 2005).

[8] Vgl. Marx, *Das Kapital I*, MEW 23, Berlin (Ost) 1972, 85-98.

[9] Vgl. Rancière, *Das Unvernehmen*, Frankfurt/M. 2002, 120.

[10] Vgl. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Werke 7, Frankfurt/M., 341, s. a. 351.

über den Autor:

Oliver Flügel-Martinsen ist Akademischer Rat für Politische Theorie an der Universität Bielefeld.

Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Politische Philosophie, Theorie und Ideengeschichte sowie Denken und Analytik des Politischen.

Mein Auto



Copyright: Pressestelle Uni Bielefeld

Tomke König

Studium/aktuelle Stelle:

1988–1993: Magister Artium Kulturanthropologie & Europ. Ethnologie, Goethe-Universität Frankfurt a.M.

1999: Promotion an der Goethe-Universität

2006–2010: Leitung des Forschungsprojekts "Wie wohnen Paare?" an der Universität Basel

Aktuell: Professur für Geschlechtersoziologie

Forschungs- und Interessenschwerpunkte:

Geschlechterforschung

Familie

soziale Ungleichheit

Eliten

Als Kind wollte ich sein wie... meine große Schwester

Meine Lieblingsband... hatte und habe ich nicht

Im Kino habe ich zuletzt gesehen... Django unchained

Was ich gut kann... diskutieren, auch hitzig und ausgiebig

Mich nerven Studierende, wenn sie... im Seminar nur in ihren Computer schauen

An Soziologie besonders interessant ist... die reflexive Distanz zum Selbstverständlichen

Diese Person bewundere ich: Ich bewundere weniger eine einzelne Person, als vielmehr Menschen, die sich politisch für eine Sache einsetzen.

Ich nehme mir gerne Zeit für(´s)... einen Abend mit Freund_innen

In Bielefeld muss man unbedingt... auch mal das Universitätsgelände verlassen

Aus meiner Studienzeit erinnere ich mich am Liebsten an... einen Streik der Studierenden in den 90er Jahren

Am meisten bin ich stolz auf... meine beiden Kinder

Das sollte es öfters geben: Zeit zum Nachdenken

Am Forschen gefällt mir... die Möglichkeit, fremde Lebenswelten und Lebensweisen kennenzulernen

Im Lehren gefällt mir... die Auseinandersetzung mit interessierten jungen Menschen

poesiealbum

Meine Empfehlung an Erstsemester ist... Suchen Sie sich ein paar andere Studierende, mit denen Sie Texte, Ideen, Fragen, Theorien etc. diskutieren können

Der bedeutendste Soziologe ist... Ich kann eher sagen, welche Wissenschaftler_innen für mich wichtig waren und sind (alphabetische Reihenfolge): Theodor W. Adorno, Simone de Beauvoir, Pierre Bourdieu, Judith Butler, Michel Foucault, Erving Goffman, Andrea Maihofer, Jean Paul Sartre, Heinz Steinert

Soziologie ist... wenn man „genau hinschaut, geduldig nachdenkt und sich nicht dumm machen lässt“ (Heinz Steinert 1998)

Meine erste Liebe war... das geht nur mich etwas an

Mein Lieblingszitat... Eher so etwas, wie ein Zitat, was mir besonders gut gefällt, weil es in der Kürze einen komplexen Zusammenhang auf den Punkt bringt: „On ne naît pas femme, on le devient“ = „Man wird nicht als Frau geboren, man wird es.“ (Simone de Beauvoir 1949)

Ich stoße an meine Grenzen, wenn... ich aufgrund der Anforderungen der Arbeitswelt nicht mehr genügend Zeit für meine Familie und meine Freund_innen habe

Eine erste Erfahrung mit der Arbeitswelt: Als Kellnerin in einem Gartenlokal habe ich am Abend bei der Abrechnung immer gestaunt, wie sehr mein Verdienst von meiner Bereitschaft abhing, den ganzen Tag über freundlich zu lächeln

Es macht mich wütend, dass... sich das Leben vieler Menschen nur noch um die Erwerbsarbeit dreht

Eine gute Tat, an die ich mich gerne zurückerinnere... Es handelt sich eher um ein freiwilliges soziales Jahr, das ich nach dem Abitur in einer Kindertagesstätte auf den Philippinen verbracht habe. Die Erfahrungen, die ich dort gemacht habe, möchte ich auf gar keinen Fall missen.

Ich finde es ungerecht, dass... das Geschlecht, die soziale und die ethnische Herkunft immer noch entscheidend für die Verwirklichung von Lebenschancen sind

Studierendenproteste sind... von Zeit zu Zeit echt notwendig

Revolution ist... wenn jeder Mensch ohne Angst verschieden sein kann

Ich würde niemals... aufhören zu lesen

Ich kann nicht so gut... Entscheidungen treffen – diese „Schwäche“ hat mir beim Wellenreiten schon viele blaue Flecken eingebracht

von Tobias Stacke

Das Gewand der Moderne



Von tödlicher Bedrohung der Seelenheit
die Selbsterkenntnis mit neuen Seelenfarben
durch Synthese von Geist und Kapital vernarben
Sind wir in der Moderne nicht befreit

Als Treibmittel im Gesellschaftskuchen
fungiert Geld mit verschlungenen Formen
nicht nur gehandhabt von den Frommen
bleibt die Frage, was ist ‚wahr‘ an diesem Schein

Geld schafft nicht nur Rat und Tat
Ebnet es auch uns'ren Illusionen den Pfad
hör' bestimmt auf den Laut deiner Seele

Rufen Dinge, die man selbst recht braucht
Oder gar nur um des Kaufens kauft?
erlese, welche Melodie für Dich die Ware wähle

Anzeige

BIELEFELDER STUDIERENDENMAGAZIN DER
FAKULTÄT FÜR SOZIOLOGIE

sozusagen blog

Die sozusagen als PDF, neue Artikel,
Redaktionsnews, Kolumnen,
Veranstaltungshinweise

sozusagenblog.wordpress.com

Foto: Susanne Freitag

Thema der nächsten Ausgabe: **Zeiten & Räume**

Raum und Zeit als soziologische Kategorien? Ist das nicht was für PhysikerInnen? Wir finden nicht! In der nächsten Ausgabe der Sozusagen wollen wir der Frage auf den Grund gehen, wie sich das Soziale in und um Zeit und Räume herum strukturiert. Wie können wir Zeit und Raum soziologisch betrachten?

Heute mal wieder keine Zeit gehabt? Haben wir es heute überall mit Beschleunigung zu tun und wenn ja, was sind die sozialen Folgen? Wie mächtig ist der Gegentrend der Entschleunigung: Yoga, Slow Food, Wanderurlaub...? Oder haben wir es in der modernen Gesellschaft mit einer Zunahme an Gleichzeitigkeit zu tun? Mobilität - sich schnell von A nach B bewegen zu können - ist für viele Menschen zur Selbstverständlichkeit geworden. Wir bewohnen in heutigen Zeiten nicht mehr nur unser Dorf, sondern ziehen in eine andere Stadt oder gar ein anderes Land, um zu studieren oder zu arbeiten. Wir bereisen die unterschiedlichsten Ecken des Globus und sind via Facebook mit Menschen aus aller Welt vernetzt. Doch wer kann/darf/will sich wohin bewegen? Wie stark ist unsere Erkenntnis und Wissensproduktion an Zeit und Raum gebunden? Welche Räume sind für unseren Alltag relevant: Stadt, Land, Welt...? Welche Bedeutung hat die Kategorie Raum für MigrantInnen? Welche (trans-)kulturellen und sozialen Räume entstehen in der Stadt oder in deiner Nachbarschaft? Mit Hilfe neuer Kommunikationsmittel (Skype, Facebook, E-Mail, WhatsApp...) lassen sich räumliche Distanzen überwinden. Doch wie wichtig werden virtuelle Räume wirklich für reale Räume? Wir wollen eure Zeitdiagnosen.



Eingereicht werden kann alles, was mit dem Thema im weitesten Sinne zu tun hat. Ob Essays (max. 1500 Wörter), Aufsätze, kurze Kommentare, Rezensionen, Interviews oder Karikaturen – lass deiner Kreativität freien Lauf und schicke deinen Beitrag – oder deine erste Idee dazu – an: sozusagen-bielefeld@gmx.de

Einsendeschluss der Entwürfe ist der 31. Oktober – Viel Spaß beim Schreiben!

Weitere Infos unter: sozusagenblog.wordpress.com